

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1994

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

- | | | |
|---|----|---|
| Die Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1980 bis 1990 | 1 | Regional gegliederte Daten über Niveau, Struktur und Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Leistung werden dargestellt und erläutert. |
| Veränderungen im Familienstand 1970 bis 1992 | 7 | In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Männer stärker zugenommen als die der Frauen. Damit gingen wichtige Verschiebungen im Altersaufbau einher. Dies führte auch zu deutlich unterschiedlichen Entwicklungen bei Männern und Frauen hinsichtlich des Familienstandes. |
| Krankenhäuser 1992 | 13 | Mit der seit 1990 geltenden neuen Rechtsgrundlage wurde das Erhebungsprogramm der Krankenhausstatistik den heutigen Erfordernissen angepaßt. Im vorliegenden Beitrag wird ein erster Überblick der Ergebnisse des Berichtsjahres 1992 gegeben. |
| Gartenbauerhebung 1994 | 22 | Im Januar und Februar 1994 findet im Zusammenhang mit der Landwirtschaftszählung 1991 eine Gartenbauerhebung statt. Über Zweck sowie das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm wird berichtet. |
| Anhang | 1* | Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz |
| | 7* | Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes |

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

Inhaltsverzeichnis

1993

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember

Systematisches Inhaltsverzeichnis

des Textteils der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz

46. Jahrgang 1993

Allgemeines	Heft	Seite
Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1992	3	47
Europäische Großregion Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz	6	121
Die Südpfalz als Partner in der Großregion Oberrhein	8	167
Die Pendlerverflechtung der Großregion Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz	11	239
Bevölkerung		
Die Bevölkerungsentwicklung im Jahre 1992	8	173
Ältere Menschen – Langfristige Entwicklungstendenzen	9	198
Ausländische Bevölkerung	10	215
Erwerbstätigkeit		
Berufspendler am Oberrhein	1	16
Regionalergebnisse des Mikrozensus	2	42
Strukturveränderung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	3	62
Regionale Prognosen	9	191
Rechtspflege		
Rechtskräftige Aburteilungen 1991	5	113
Wahlen		
Wahl zur Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz	10	211
Kommunalwahlen 1994	12	263
Gesundheitswesen		
Die Entwicklung der Tuberkuloseerkrankungen	3	71
Land- und Forstwirtschaft		
Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1991	2	39
Struktur des Obstanbaues in Rheinland-Pfalz	5	100
Erhebung der geplanten Flächennutzung 1993	5	105
Regionale Verteilung und Entwicklung der Viehbestände 1992	7	155
Ernteerträge und -aussichten 1993	8	185
Nebenerwerbslandwirtschaft	10	222
Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen 1991	10	226
Bestandsstrukturen in der Viehhaltung 1992	10	231
Produzierendes Gewerbe		
Industriestruktur im Kammerbezirk Koblenz	2	21
Kapazitätsentwicklung der rheinland-pfälzischen Stromwirtschaft 1970 bis 1991	4	92

Bautätigkeiten und Wohnungen

Heft Seite

Mieten unter der Lupe	2	27
Bauherrendatei und neues Verfahren der Bauüberhangsstatistik	2	34
Das Baugewerbe 1990 bis 1992	5	117
Wohnungsbau 1992	6	129
Der Wohnungsbestand am Jahresanfang 1993	7	143
1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993	9	204
Baulandmarkt 1992	9	208

Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen

Handels- und Gaststättenzählung 1993	1	11
Die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Heilbäder 1951 bis 1992	4	75
Binnenschifffahrt 1982 bis 1992	7	150
Fremdenverkehr an Mosel und Saar 1981 bis 1992	11	258

Öffentliche Sozialleistungen

Lastenzuschußbeziehende Wohngeldempfänger 1992	8	179
Die Sozialhilfe im Jahre 1992	11	250

Öffentliche Finanzen, Personal

Novellierung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes	1	1
Schulden des Landes und der Kommunen	1	4
Steueraufkommen 1992	6	126
Ausgaben für das Bildungswesen	10	212
Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer	11	244
Neuere Entwicklung der Realsteuerhebesätze in den größeren Gemeinden	12	269
Einkommensschichtung 1989	12	271

Preise, Löhne und Gehälter

Kaufkraft der D-Mark im Ausland	1	9
Soziale Struktur der Arbeiter	3	67
Die Einkommenssituation der Angestellten nach der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1990	4	90
Zwischenörtlicher Vergleich der Verbraucherpreise 1993 in 50 Städten der Bundesrepublik	5	99
Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 1990 ..	6	139
Arbeiterinnen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 1990	11	247

Automatische Datenverarbeitung

Statistisches Problemlösungsverfahren	1	18
Betriebsregister Landwirtschaft	5	110
Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank	7	162
Datenmodellierung – Ein neuer Weg bei der Softwareentwicklung	12	276

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Wachsende Bedeutung der Dienstleistungsunternehmen

Im Zeitraum von 1980 bis 1990 stieg die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in Rheinland-Pfalz nominal um 58 %. Die stärkste relative Zunahme haben der Kreis und die Stadt Ludwigshafen (+ 94 bzw. + 80 %) sowie die Kreise Mayen-Koblenz (+ 84 %) und Ahrweiler (+ 80 %) zu verzeichnen. Zum Wirtschaftswachstum maßgeblich beigetragen hat die expansive Entwicklung der Dienstleistungsunternehmen. In fast allen Kreisen ist dieser Wirtschaftsbereich überdurchschnittlich gewachsen, wodurch sein Anteil an der Wertschöpfung im Landesdurchschnitt von 21 % im Jahr 1980 auf 25 % im Jahr 1990 zunahm. Zusammen mit den Wirtschaftsreichen Handel und Verkehr sowie Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck erwirtschaftete der sogenannte tertiäre Sektor in 9 von 12 kreisfreien Städten und in 19 von 24 Landkreisen über die Hälfte der gesamten Bruttowertschöpfung, in der Stadt Koblenz sogar vier Fünftel.

Mehr über dieses Thema auf Seite 1.

Zunehmender Männerüberschuß bei der jüngeren Bevölkerung

Bedingt durch Umschichtungen im Altersaufbau hat sich seit 1970 die Zusammensetzung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung nach Geschlecht und Familienstand deutlich geändert. Der Frauenüberschuß der Gesamtbevölkerung ist um 44 % auf heute rund 95 100 zurückgegangen und besteht nur noch bei der über 60jährigen Bevölkerung. Vor gut 20 Jahren wurde der zahlenmäßige Gleichstand zwischen Männern und Frauen in der Altersgruppe der 40- bis 45jährigen erreicht.

Der Anstieg des durchschnittlichen Heiratsalters seit 1970 von 27 auf über 31 Jahre bei Männern und von knapp 25 auf gut 28 Jahre bei Frauen hat die Verheiratetenanteile in den Altersgruppen der jüngeren Bevölkerung stark sinken lassen. So gab es bei den 25 bis 30 Jahre alten Männern 1992 über 53 % Personen mehr als im Jahre 1970, aber gut 19 % weniger Verheiratete. Der Anteil der Verheirateten ging von 70 auf 37 % zurück. Auch bei den 30- bis 35jährigen Männern stand in diesem Zeitraum einem Anstieg der Bevölkerungszahl um rund 16 % eine Abnahme der Verheiratetenzahl um knapp 12 % gegenüber. Bei den Frauen waren die stärksten Rückgänge in der Heiratsneigung bereits in der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen festzustellen. Hier gab es 1992 zwar gut 30 % mehr Frauen als 1970, die Zahl der Verheirateten lag aber um fast 48 % niedriger. Ihr Anteil nahm von gut 61 auf nicht ganz 25 % ab. In der

Altersgruppe 25 bis 30 Jahre stieg die Gesamtzahl der Frauen im Untersuchungszeitraum um gut 46 %, während die Zahl der Verheirateten unverändert blieb.

Die Rückgänge der Verheiratetenanteile fielen bei den Männern jüngeren Alters wegen der stärkeren Zunahme der Bevölkerungszahl wesentlich höher aus als bei den Frauen. Seit 1970 hat sich bei der 18- bis 50jährigen Bevölkerung der geringe Frauenüberschuß von knapp 3 800 in einen Männerüberschuß von rund 63 000 verwandelt. Betrachtet man nur den nicht verheirateten Bevölkerungsteil, dann stehen in dieser Altersgruppe heute 426 200 Männern 304 800 Frauen gegenüber. Der sich daraus ergebende Männerüberschuß in Höhe von 121 500 ist mehr als doppelt so hoch wie zwei Jahrzehnte zuvor. Selbst wenn man also unterstellen würde, daß alle nicht verheirateten Frauen dieser Altersgruppe heiraten oder mit einem Mann zusammenleben möchten, könnte eine große Zahl von Männern keine Frau ihres Alters finden.

Mehr über dieses Thema auf Seite 7.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	1992	1993	Veränderung
	Mill. DM		
Landessteuern	1 417,5	1 470,9	3,8
Vermögensteuer	293,2	328,5	12,1
Erbschaftsteuer	135,8	130,3	- 4,1
Kraftfahrzeugsteuer	705,6	736,3	4,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	163,3	158,4	- 3,0
Feuerschutzsteuer	30,0	29,0	- 3,3
Biersteuer	89,6	88,4	- 1,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	6 989,2	7 022,7	0,5
Lohnsteuer	5 192,0	5 369,3	3,4
Veranlagte Einkommensteuer	774,9	617,7	- 20,3
Kapitalertragsteuer	213,8	204,6	- 4,3
Zinsabschlagsteuer	-	171,0	.
Körperschaftsteuer	808,5	660,0	- 18,4
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	3 097,8	3 411,3	10,1
Umsatzsteuer	1 727,2	2 858,6	65,5
Einfuhrumsatzsteuer	1 370,7	552,7	- 59,7
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	152,2	67,9	- 55,4
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	28,9	56,2	94,7
I n s g e s a m t	11 685,7	12 028,9	2,9

116 Krankenhäuser mit zusammen 28 900 Betten

1992 gab es in Rheinland-Pfalz 116 Krankenhäuser mit zusammen 28 900 Betten. Die größte Gruppe bildeten die 106 allgemeinen Krankenhäuser mit insgesamt 26 555 Betten. Diese Häuser verfügen in ihrer Mehrzahl über ein breites Spektrum von Fachabteilungen, wie insbesondere Innere Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Von ihnen zu unterscheiden sind die Krankenanstalten, die ausschließlich Betten für psychiatrische bzw. psychiatrische und neurologische Patienten vorhalten. Zu diesem Krankenhaustyp zählten acht Einrichtungen mit zusammen 2 180 vollstationären Betten. Bei ihnen war die durchschnittliche Verweildauer mit 38,4 Tagen gut dreimal so hoch wie bei den Allgemeinhäusern (12,2 Tage).

Im gesamten Krankenhaussektor waren – ohne das Personal des Bundeswehrkrankenhauses in Koblenz – am 31. Dezember 1992 zusammen 43 800 Personen, darunter 12 860 Teilzeitkräfte, beschäftigt. Diese Zahl teilt sich auf in 3 945 hauptamtlich tätige Ärzte – darunter 27,5 % Ärztinnen – sowie 39 850 nichtärztliches Personal, darunter gut vier Fünftel Frauen. 17 750 oder 45 % der nichtärztlichen Beschäftigten entfielen auf den Pflegedienst. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 13.

Gartenbauerhebung 1994

Gartenbaubetriebe unterscheiden sich in vielen Bereichen von landwirtschaftlichen Betrieben. Aufgrund dieser Unterschiede sieht die Landwirtschaftszählung 1991 wie ihre Vorgänger auch eine besondere Erhebung im Gartenbau vor. Diese Gartenbauerhebung findet in Rheinland-Pfalz im Januar und Februar 1994 statt und richtet sich an Betriebe, die Gartengewächse zum Verkauf anbauen mit einer gärtnerischen Nutzfläche von 15 Ar und mehr oder mit gärtnerischen Nutzflächen unter Glas oder Kunststoff. Die Gartenbauerhebung erfolgte zuletzt 1982. In Anbetracht der strukturellen Veränderungen im Gartenbau ist eine neue Bestandsaufnahme durch Gesetz angeordnet.

Erhebungsmerkmale sind insbesondere die Produktionsgrundlagen und Betriebsgröße, ferner Betriebsart, Erwerbscharakter, Arbeitskräfte, Berufsbildung, Vermarktung und Absatzwege. Das Aufbereitungsprogramm basiert weitgehend auf dem der Gartenbauerhebung 1982, so daß umfangreiche Vergleichsmöglichkeiten bestehen. Erste Ergebnisse stehen voraussichtlich Ende 1994 zur Verfügung. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 22.

Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsflächen gebremst

Siedlungs- und Verkehrsflächen beanspruchten 1993 mit 250 000 ha über ein Achtel der Landesfläche. Das geht aus der jüngsten Flächenerhebung auf Grundlage des Liegenschaftskatasters hervor. Die in den letzten vier Jahren festgestellte Ausdehnung um knapp 8 000 ha entspricht beispielsweise der Fläche der Stadt Ludwigshafen. Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen fiel mit 3,1 % aber deutlich geringer aus als in den 80er Jahren.

Flächen für den Straßenverkehr (109 000 ha) machen den Großteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen aus, gefolgt von Wohnbauflächen (48 000 ha) und Grünanlagen zu Erholungszwecken (22 000 ha).

Leicht erhöht hat sich wiederum der Waldanteil. Gut 800 000 ha oder 41 % der Landesfläche sind mittlerweile bewaldet. Hierbei dominieren Mischbestände (513 000 ha) vor reinem Laub- (163 000 ha) bzw. Nadelwald (107 000 ha). Siedlungsflächenwachstum und Aufforstung gingen zu Lasten der Landwirtschaft. Mit knapp 870 000 ha oder 44 % verfügt sie aber weiterhin über den größten Flächenanteil. km

Strukturwandel in der Landwirtschaft geht verstärkt weiter

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ging 1993 in Rheinland-Pfalz weiter zurück. Mit 47 900 gab es 3,6 % weniger Bauernhöfe als im Jahr zuvor. Damit lag die Rückgangsrate ähnlich hoch wie zwischen 1991 und 1992. Der strukturelle Anpassungsprozeß verläuft verstärkt in Richtung größerer Betriebe. Die Wachstumsschwelle liegt derzeit bei 50 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Die Zahl der Betriebe, die diese Größe überschritten, belief sich 1993 auf knapp 3 700 (7,6 %). Sie bewirtschafteten rund 40 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes. Auch der Anteil der Haupterwerbsbetriebe verminderte sich weiter auf 41 %. Zu ihnen gehörten allerdings drei Viertel der gesamten genutzten Fläche.

Besonders zahlreich waren landwirtschaftliche Betriebe nicht zuletzt in den Gebieten mit Sonderkulturanbau. In den Landkreisen Bernkastel-Wittlich gab es 3 970 Betriebe, in Mainz-Bingen 3 650, in Trier-Saarburg 3 540, an der Südlichen Weinstraße 3 270 und im Kreis Alzey-Worms 3 180. Auch im Landkreis Bittburg-Prüm waren mit 3 540 noch besonders viele Höfe. bd

Die Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1980 bis 1990

Für die Raumordnungspolitik und die regionale Wirtschaftspolitik sind räumlich tief gegliederte Daten zur wirtschaftlichen Leistungskraft eine wichtige Entscheidungsgrundlage. Neben Zahlen über Niveau, Struktur und Entwicklung der Wirtschaftskraft in den Bundesländern, die der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ jährlich zur Verfügung stellt, werden alle zwei Jahre auch Ergebnisse für kreisfreie Städte und Landkreise ermittelt. Zentrale Größe der Kreisberechnung ist die (unbereinigte) Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen. Sie umfaßt den Wert aller in einer bestimmten Region produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Geläufiger als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung ist zweifellos das Bruttoinlandsprodukt, das jedoch nur auf Landesebene berechnet wird. Zwischen diesen Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestehen folgende Zusammenhänge:

Produktionswert	
– Vorleistungen	
= unbereinigte Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen	
– unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen	
= bereinigte Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen	
+ nichtabziehbare Umsatzsteuer	
+ Einfuhrabgaben	
= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	

Da für eine exakte regionale Verteilung der Positionen, um die sich unbereinigte Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt unterscheiden, keine hinreichenden Datengrundlagen zur Verfügung stehen, wird auf einen Nachweis des Bruttoinlandsprodukts für kreisfreie Städte und Landkreise verzichtet. Die Wertschöpfung wird brutto dargestellt, da die Abschreibungen ebenfalls nicht kreisweise berechnet werden können.

Auch die originäre Berechnung der Bruttowertschöpfung auf dem für die Bundes- und Länderrechnung üblichen Weg, also über Produktionswert und Vorleistungen, kann auf der Kreisebene nur für einen Großteil des produzierenden Gewerbes erfolgen. In den anderen Wirtschaftsbereichen ist die statistische Datenbasis nicht ausreichend, da die zum Teil als Stichproben

geführten Fachstatistiken keine repräsentativen Kreisergebnisse liefern oder nicht in der erforderlichen fachlichen Gliederung aufbereitet werden. Grundlage der Kreisberechnungen in diesen Bereichen sind die in tiefer wirtschaftlicher Gliederung überwiegend originär berechneten Landeswerte der Bruttowertschöpfung, die mit Hilfe von Schlüsselgrößen (z. B. Umsätze, Löhne und Gehälter, Beschäftigte) auf die Regionaleinheiten aufgeteilt werden. Dabei wird unterstellt, daß zwischen der Bruttowertschöpfung der möglichst homogenen Wirtschaftsbereiche und den entsprechenden Schlüsselgrößen eine starke positive Korrelation besteht. Die auf diese Weise in tiefer Wirtschaftsbereichsgliederung ermittelte Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen wird auf Kreisebene zu fünf Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt und veröffentlicht. Bei der Aggregation werden die eventuell durch die Schlüsselung entstandenen Schätzfehler teilweise kompensiert.

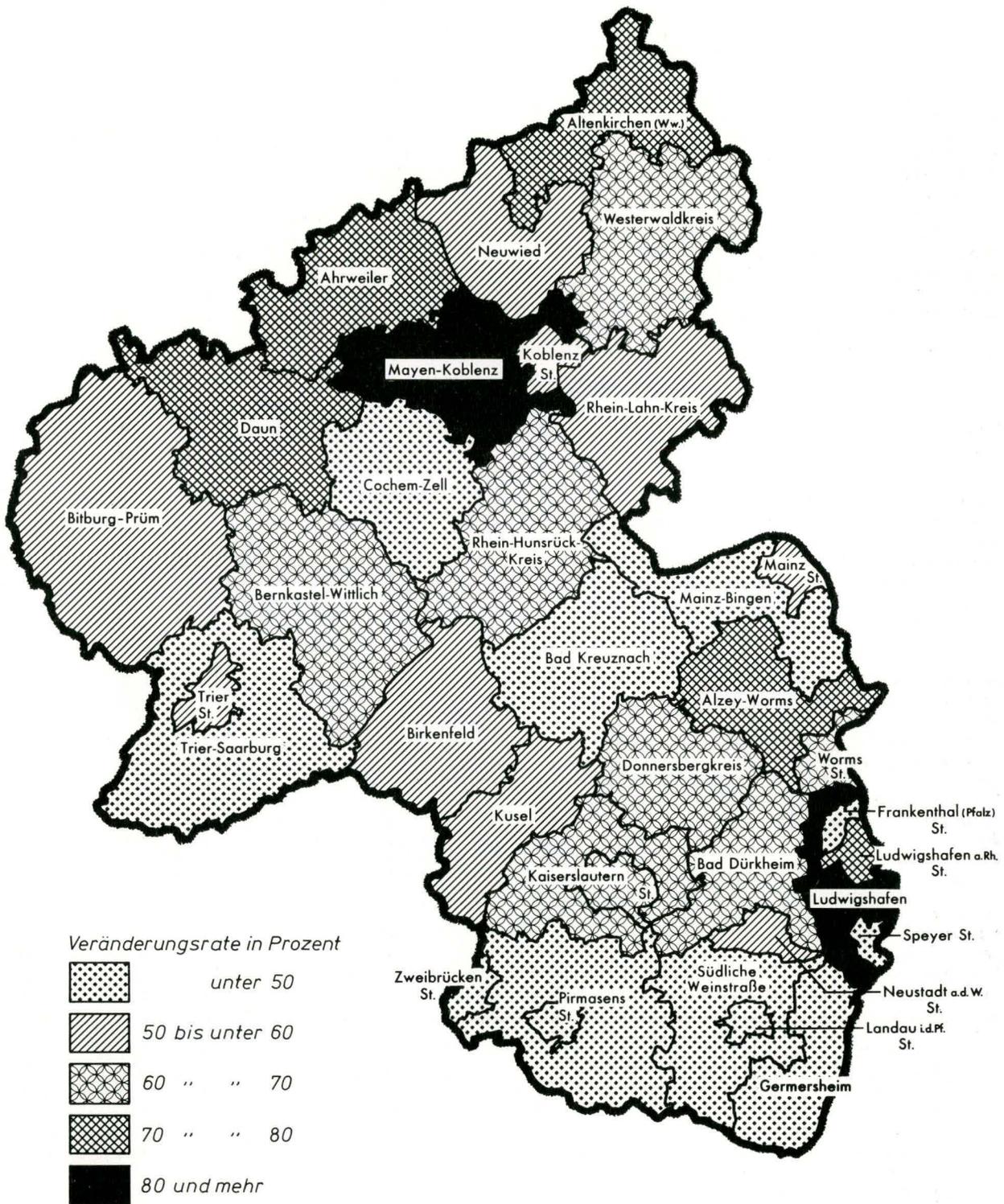
Neben der Bewertung zu Marktpreisen (ohne Mehrwertsteuer) erfolgt auch eine Berechnung der Bruttowertschöpfung nach dem Faktorkostenkonzept. Diese Größe ergibt sich durch Subtraktion der Produktionssteuern und Addition der Subventionen und umfaßt somit die in einer bestimmten Region tatsächlich erzielten Einkommen der an der Produktion beteiligten Produktionsfaktoren. Über die Einkommensverhältnisse der Einwohner in einer Region sagt dieser Wert jedoch ebensowenig aus wie die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen. Durch die Eliminierung der marktpreisbeeinflussenden Bestandteile ist dieser Indikator aber eher geeignet für regionale Leistungsvergleiche, wenn man bedenkt, daß sich Wirtschaftszweige mit hoher Produktionssteuerbelastung einerseits, wie z. B. die Mineralöl- oder die Tabakverarbeitung, bzw. stark subventionierte Bereiche andererseits, wie z. B. die Landwirtschaft, oft auf wenige Kreise konzentrieren. Aufgrund der größeren Datenunsicherheit bei der sektoralen Aufteilung der Zwischenposten wird die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ohne wirtschaftliche Gliederung veröffentlicht.

Sowohl die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen als auch die zu Faktorkosten können bei der Darstellung auf Kreisebene nicht in konstanten, sondern nur in jeweiligen Preisen angegeben werden, da regionale Deflatoren fehlen. Nominale Wachstumsraten beruhen also zum Teil auch auf Preissteigerungen. Durch die Bundes- und Länderrevision 1991 und die dadurch

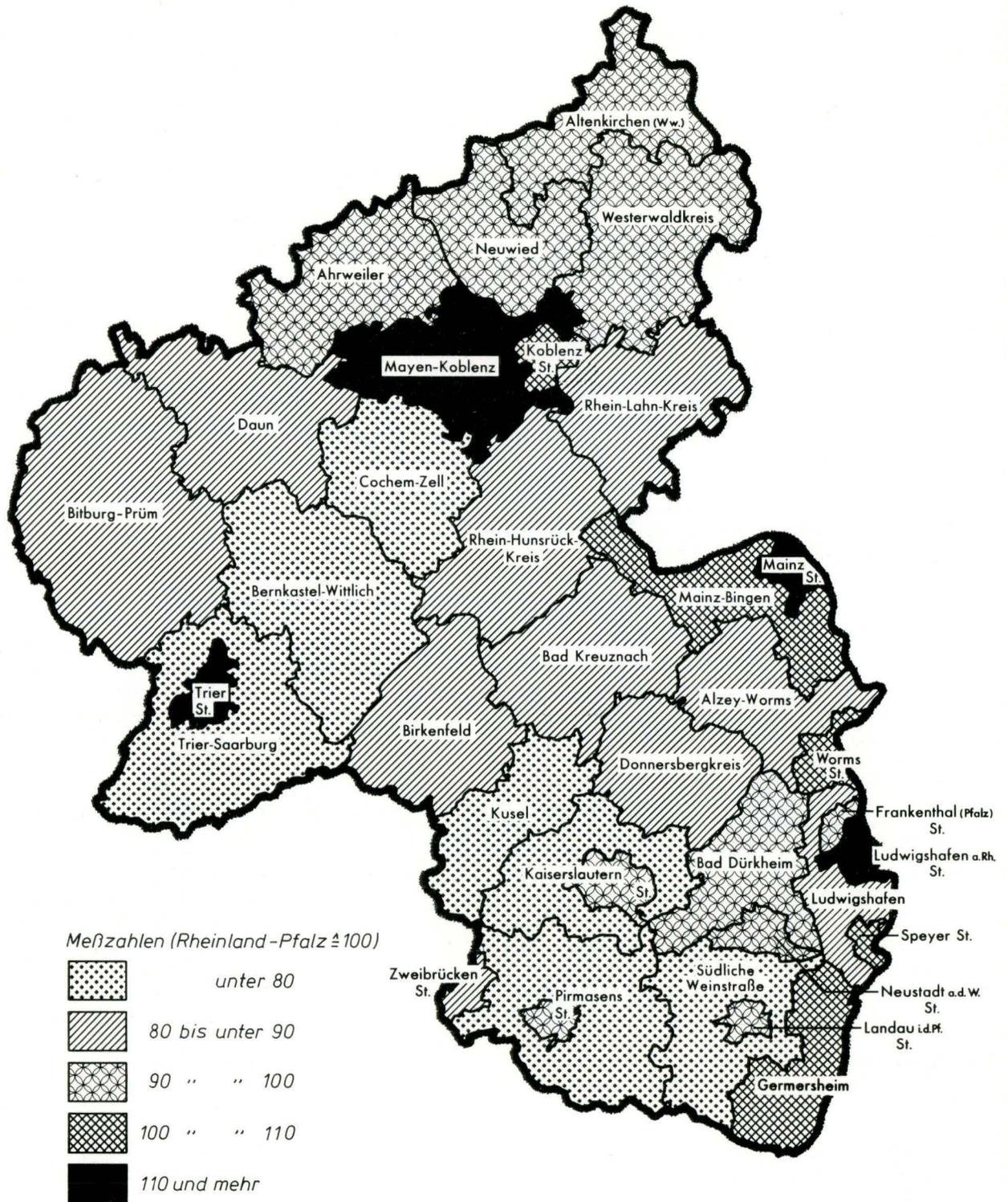
Bruttowertschöpfung 1990 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen							Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten	
	insgesamt		davon						je Erwerbs-tätigen
			Land- und Forstwirt-schaft	Produzie-rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst-leistungs-unter-nehmen	Staat, private Haushalte und private Organi-sationen ohne Erwerbszweck		
	Mill. DM	Anteil am Land in %	Anteil der Bereiche in %						DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	6 989	5,9	0,1	20,5	18,9	29,9	30,5	82 800	6 904
Landkreise									
Ahrweiler	2 747	2,3	2,8	29,3	11,5	39,5	16,9	71 390	2 713
Altenkirchen (Ww.)	3 350	2,8	1,7	49,8	19,1	19,8	9,5	76 880	3 316
Bad Kreuznach	3 898	3,3	4,3	39,0	15,5	24,4	16,8	66 860	3 850
Birkenfeld	2 329	2,0	2,9	40,3	12,1	21,0	23,7	65 030	2 289
Cochem-Zell	1 327	1,1	7,2	28,4	13,7	26,1	24,6	54 560	1 315
Mayen-Koblenz	5 670	4,8	1,7	42,7	16,0	27,7	11,9	87 700	5 574
Neuwied	4 386	3,7	1,3	49,0	11,4	25,6	12,6	71 330	4 296
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 271	1,9	4,4	43,5	14,2	23,2	14,7	65 170	2 250
Rhein-Lahn-Kreis	2 711	2,3	2,9	39,2	10,6	28,1	19,2	64 720	2 671
Westerwaldkreis	4 838	4,1	1,7	50,1	13,5	23,5	11,2	72 280	4 769
RB Koblenz	40 516	34,4	2,2	39,0	14,9	26,5	17,4	73 040	39 949
Kreisfreie Stadt Trier	5 251	4,5	0,3	44,7	16,2	18,0	20,8	91 090	4 446
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	2 808	2,4	6,8	40,9	18,1	21,8	12,4	61 930	2 786
Bitburg-Prüm	2 096	1,8	10,0	39,8	13,7	24,0	12,6	64 270	2 066
Daun	1 522	1,3	5,6	43,4	11,2	23,3	16,5	67 440	1 508
Trier-Saarburg	1 961	1,7	9,1	36,4	12,7	27,4	14,4	57 040	1 952
RB Trier	13 638	11,6	5,0	41,8	15,1	21,6	16,4	70 830	12 757
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	1 604	1,4	0,5	56,1	11,8	19,5	12,0	76 580	1 568
Kaiserslautern	4 550	3,9	0,2	46,9	18,2	19,2	15,5	75 560	4 447
Landau i. d. Pfalz	1 469	1,2	2,0	30,3	16,2	27,8	23,7	70 900	1 448
Ludwigshafen a. Rhein	13 133	11,1	0,1	72,9	8,5	13,0	5,5	114 830	12 691
Mainz	11 704	9,9	0,1	31,6	11,4	39,6	17,2	105 950	11 405
Neustadt a. d. Weinstr.	1 662	1,4	2,3	25,0	20,4	27,4	24,9	77 380	1 639
Pirmasens	1 841	1,6	0,3	48,2	20,5	18,6	12,4	77 160	1 805
Speyer	1 897	1,6	0,1	40,9	10,7	20,3	27,9	78 300	1 861
Worms	2 642	2,2	1,3	51,3	13,6	20,6	13,2	79 280	2 578
Zweibrücken	1 106	0,9	0,7	40,8	10,7	20,3	27,5	67 540	1 084
Landkreise									
Alzey-Worms	1 796	1,5	11,8	21,1	19,0	36,0	12,1	63 250	1 794
Bad Dürkheim	2 702	2,3	6,4	37,5	12,5	33,2	10,4	74 210	2 665
Donnersbergkreis	1 532	1,3	4,2	50,7	9,7	21,5	13,8	68 090	1 509
Germersheim	3 381	2,9	1,8	65,2	7,1	16,5	9,4	81 330	3 317
Kaiserslautern	1 626	1,4	2,9	36,2	13,9	32,4	14,6	61 400	1 603
Kusel	1 198	1,0	3,2	40,7	9,8	27,8	18,4	61 330	1 174
Südliche Weinstraße	2 031	1,7	8,0	31,5	13,4	29,7	17,3	61 070	2 013
Ludwigshafen	2 010	1,7	3,0	28,6	21,2	39,7	7,4	68 830	1 952
Mainz-Bingen	4 185	3,6	5,3	41,7	17,1	27,0	8,8	79 190	3 759
Pirmasens	1 579	1,3	4,0	44,2	14,6	25,4	11,8	60 290	1 558
RB Rheinhessen-Pfalz	63 650	54,0	2,0	46,7	12,8	25,3	13,1	83 490	61 871
Rheinland-Pfalz	117 804	100	2,4	43,5	13,8	25,3	15,0	78 030	114 577
Kreisfreie Städte	53 848	45,7	0,4	45,4	13,5	24,0	16,8	91 570	51 875
Landkreise	63 956	54,3	4,1	41,9	14,0	26,4	13,5	69 400	62 702

Veränderung der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1990 gegenüber 1980 in den Verwaltungsbezirken



Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen 1990 in den Verwaltungsbezirken



korrigierten Länderergebnisse wurde auch eine rückwirkende Änderung der Kreisergebnisse für die Berichtsjahre 1980 bis 1988 erforderlich. Neben einer Aktualisierung der Datenbasis wurden die Berechnungsmethoden zum Teil erheblich verbessert.

Wertschöpfung je Erwerbstätigen in Städten deutlich höher als in Landkreisen

Im Jahre 1990 betrug die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in Rheinland-Pfalz 117,8 Mrd. DM. Mehr als die Hälfte davon entstand im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, ein gutes Drittel im Regierungsbezirk Koblenz und die restlichen knapp 12 % im Regierungsbezirk Trier. Die weitere Untergliederung nach Kreisen zeigt ebenfalls eine große Spannweite. Die größte Bruttowertschöpfung hatten die kreisfreien Städte Ludwigshafen mit 13,1 Mrd. DM und Mainz mit 11,7 Mrd. DM. Somit entfiel gut ein Fünftel der gesamten rheinland-pfälzischen Bruttowertschöpfung auf diese beiden Großstädte. Der Landkreis mit der höchsten Wertschöpfung und einem Anteil von 4,8 % an der Landessumme war Mayen-Koblenz. Die niedrigsten Werte waren für die kreisfreie Stadt Zweibrücken und den Landkreis Kusel (Anteil am Land 0,9 bzw. 1 %) zu verzeichnen.

Seit 1980 ist die Bruttowertschöpfung nominal um 58 % gestiegen, was einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um 4,7 % entspricht. In den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten weicht die wirtschaftliche Entwicklung teilweise deutlich vom Landestrend ab. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs der Bruttowertschöpfung zwischen 1980 und 1990 weisen vor allem die Stadt und der Kreis Ludwigshafen (+ 80 bzw. + 94 %) sowie die Kreise Mayen-Koblenz (+ 84 %) und Ahrweiler (+ 80 %) auf. Deutlich ungünstiger als im Landesdurchschnitt verlief die Entwicklung in den Städten Zweibrücken (+ 30 %) und Frankenthal (+ 35 %) sowie in den Kreisen Pirmasens (+ 40 %) und Mainz-Bingen (+ 42 %). Die niedrigen Wachstumsraten für die Stadt Speyer und den Landkreis Germersheim sind auf Sondereinflüsse in örtlich bedeutsamen Wirtschaftszweigen zurückzuführen, die einen absoluten Rückgang der Bruttowertschöpfung Anfang der achtziger Jahre verursachten.

Für einen regionalen Vergleich der Wirtschaftskraft sind die absoluten Werte der Bruttowertschöpfung nicht geeignet und auch Angaben zum Wachstum dieser Größe in einem bestimmten Zeitraum nur bedingt aussagekräftig. Allein die unterschiedliche Größe der Wirtschaftsräume macht die Errechnung von Pro-Kopf-Werten erforderlich. Als Divisor sollte dabei nicht die Einwohnerzahl verwendet werden, da die Bruttowertschöpfung ein nach dem Inlandskonzept berechnetes Aggregat darstellt, das sich auf ein bestimmtes Gebiet bezieht, unabhängig vom Sitz der an der Entstehung beteiligten Wirtschaftseinheiten. Je kleinräumiger die regionale Ebene, desto weniger können Verzerrungen durch Pendlerströme ignoriert werden. Als Bezugsgröße geeigneter ist die Erwerbstätigenzahl, die die Personen am Arbeitsort wiedergibt. Diese Normierung ergibt für Rheinland-Pfalz im Jahr 1990 eine durchschnittliche Bruttowertschöpfung von 78 030 DM je

Erwerbstätigen. In den kreisfreien Städten erwirtschaftete ein Erwerbstätiger im Durchschnitt 91 570 DM und damit deutlich mehr als in den Landkreisen mit 69 400 DM. Auch was die Pro-Kopf-Leistung betrifft, zeigt sich eine Konzentration hoher Werte in wenigen Regionen. Lediglich in fünf kreisfreien Städten und drei Landkreisen lag die Pro-Kopf-Wertschöpfung über dem Landesdurchschnitt. Mit Abstand die höchsten Beträge sind für die Städte Ludwigshafen (114 830 DM) und Mainz (105 950 DM) zu verzeichnen, die niedrigsten weisen die Landkreise Cochem-Zell (54 560 DM) und Trier-Saarburg (57 040 DM) auf.

Ergebnisse nach dem Faktorkostenkonzept

Wie eingangs erwähnt, werden mit der Bewertung der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten die leistungsfremden, aber marktpreisbeeinflussenden Faktoren eliminiert. Die von seiten des Staates erhobenen Produktionssteuern, zu denen insbesondere die Verbrauchsteuern gehören, betragen 1990 in Rheinland-Pfalz insgesamt 5,1 Mrd. DM. Zieht man davon die Subventionen ab, die den Unternehmen gewährt wurden (1,9 Mrd. DM), erhält man die Differenz zwischen Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und zu Faktorkosten. Dieser Saldo (3,2 Mrd. DM) machte im Landesdurchschnitt 2,7 % der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen aus. Nur in wenigen Kreisgebieten wich das Ergebnis deutlich vom Durchschnittswert ab. In der Stadt Trier und im Kreis Mainz-Bingen führt die Bereinigung leistungsfremder Anteile zu einem deutlich niedrigeren Nachweis der Wirtschaftsleistung, da hier die steuerlich stark belastete Tabakverarbeitung bzw. Getränkeherstellung große Bedeutung haben. In ländlichen Kreisen mit relativ hohem Anteil des Bereichs Land- und Forstwirtschaft an der Wertschöpfung, wie Alzey-Worms, Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich oder Cochem-Zell, ergibt sich infolge eines großen Umfangs an Subventionszahlungen nur eine geringfügige Abweichung zwischen den Berechnungen nach dem Marktpreis- und nach dem Faktorkostenkonzept.

Überdurchschnittliches Wachstum der Dienstleistungsunternehmen

Der dominierende Wirtschaftsbereich in Rheinland-Pfalz ist nach wie vor das produzierende Gewerbe mit einem Anteil von 44 % an der gesamten Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen im Jahre 1990, jedoch ist seine Bedeutung in den letzten Jahren geschrumpft. Die Bereiche des sogenannten tertiären Sektors machten zusammen rund 54 % aus, und zwar entfielen 25 % auf die Dienstleistungsunternehmen, weitere 15 % auf den Bereich Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck sowie 14 % auf Handel und Verkehr. In den zehn Jahren seit 1980 haben nur die Dienstleistungsunternehmen eine überdurchschnittliche Zuwachsrate (+ 90 %) und somit ein gestiegenes Gewicht (+ 4,3 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Diese Zunahme ging hauptsächlich zu Lasten des produzierenden Gewerbes (- 2,9 Prozentpunkte).

Die divergierende wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen ist u. a.

Veränderung der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1990 gegenüber 1980 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen						je Erwerbstätigen
	insgesamt	davon					
		Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Dienstleistungsunternehmen	
Veränderung in %							
Kreisfreie Stadt Koblenz	59,9	64,2	61,1	55,2	84,5	43,0	71,4
Landkreise							
Ahrweiler	79,8	69,8	45,6	58,9	162,1	46,3	67,7
Altenkirchen (Ww.)	71,9	75,8	61,1	94,7	98,4	47,8	54,7
Bad Kreuznach	48,7	48,8	37,5	43,0	86,4	39,0	56,2
Birkenfeld	57,0	75,9	54,3	53,2	76,5	47,0	53,5
Cochem-Zell	46,7	23,8	32,0	46,5	72,2	50,8	53,5
Mayen-Koblenz	84,3	37,3	62,4	93,1	157,0	54,9	74,4
Neuwied	51,6	61,4	41,6	48,5	83,5	42,3	42,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	62,6	48,2	62,6	58,1	82,4	45,9	55,4
Rhein-Lahn-Kreis	51,8	57,6	44,4	35,7	85,8	37,6	47,7
Westerwaldkreis	68,2	79,2	54,7	81,5	115,8	43,8	56,6
RB Koblenz	62,8	53,0	51,9	63,0	102,0	44,5	59,2
Kreisfreie Stadt Trier	56,1	33,3	55,2	42,3	78,0	53,6	63,9
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	61,2	26,1	68,9	74,6	80,5	24,1	52,8
Bitburg-Prüm	53,5	54,8	41,0	65,2	91,8	29,4	54,0
Daun	71,4	64,3	84,2	55,8	89,0	39,1	71,5
Trier-Saarburg	49,5	42,6	32,8	36,1	93,6	49,9	46,3
RB Trier	57,3	42,9	55,0	52,4	84,8	43,0	57,2
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	34,9	95,2	23,0	81,7	42,0	50,6	42,2
Kaiserslautern	68,9	89,9	97,0	41,1	64,0	45,2	40,3
Landau i. d. Pfalz	48,3	66,6	22,2	35,5	107,6	47,3	51,4
Ludwigshafen a. Rhein	79,8	150,8	84,5	38,1	116,4	41,4	77,8
Mainz	52,6	26,1	35,8	47,9	69,0	56,6	54,3
Neustadt a. d. Weinstr.	52,6	46,6	59,9	41,6	74,5	36,6	73,4
Pirmasens	43,5	84,4	41,2	44,9	65,2	24,4	55,1
Speyer	1,0	5,4	-35,1	58,6	81,0	56,4	11,4
Worms	63,2	61,1	61,7	52,1	79,7	58,3	55,6
Zweibrücken	29,8	43,9	4,8	38,0	60,8	59,5	47,2
Landkreise							
Alzey-Worms	71,1	31,6	69,5	64,5	104,2	54,1	56,6
Bad Dürkheim	69,7	44,3	58,7	53,9	96,6	77,4	54,7
Donnersbergkreis	61,5	31,7	58,0	60,7	79,5	60,6	41,4
Germersheim	27,8	51,6	11,0	85,9	115,1	37,6	6,1
Kaiserslautern	60,0	42,5	30,1	72,4	97,4	79,1	24,1
Kusel	52,4	22,2	47,3	24,6	74,6	59,9	44,9
Südliche Weinstraße	46,1	31,4	20,1	57,0	88,3	47,5	40,5
Ludwigshafen	93,7	80,5	46,9	111,2	138,1	98,6	49,9
Mainz-Bingen	41,8	36,6	20,5	54,0	81,2	47,9	35,8
Pirmasens	39,8	58,7	10,4	67,9	88,9	72,0	66,7
RB Rheinhessen-Pfalz	54,8	41,4	44,6	51,7	83,7	52,2	49,1
Rheinland-Pfalz	57,8	45,3	47,9	55,8	90,0	47,8	53,5
Kreisfreie Städte	57,0	57,5	54,1	46,2	77,8	48,4	59,2
Landkreise	58,4	44,4	42,6	64,5	100,6	47,2	50,1

mit Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur zu erklären. Die Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche und ihre Veränderung im Zeitablauf weichen in den Kreisgebieten zum Teil deutlich voneinander ab. Einen nennenswerten Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung der Region steuert die Land- und Forstwirtschaft nur in einigen Landkreisen bei (Alzey-Worms 11,8 %, Bittburg-Prüm 10 %, Trier-Saarburg 9,1 %). Ansonsten fällt dieser Wirtschaftsbereich auch in den Landkreisen mit einem durchschnittlichen Anteil von 4,1 % weniger ins Gewicht und ist in den kreisfreien Städten (0,4 %) vernachlässigbar.

Das produzierende Gewerbe, zu dem die Teilbereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe gehören, hat in den einzelnen Kreisgebieten sehr unterschiedliche Bedeutung. In der industriell geprägten Stadt Ludwigshafen macht dieser Bereich gut sieben Zehntel der gesamtwirtschaftlichen Leistung aus, lediglich zwei Zehntel dagegen im ländlichen Kreis Alzey-Worms und in der Stadt Koblenz, wo private und staatliche Dienstleistungen dominieren. Eine maßgebliche Rolle spielt das produzierende Gewerbe auch in den Städten Frankenthal (56 %) und Worms (51 %) sowie im Landkreis Germersheim (65 %), im Donnersbergkreis (51 %) und im Westerwaldkreis (50 %).

Der Anteil des Wirtschaftsbereichs Handel und Verkehr streut im Vergleich zum produzierenden Gewerbe nur wenig um den Landesdurchschnitt (13,8 %). Relativ stark vertreten ist der Bereich in den Städten Pirmasens (21 %) und Neustadt (20 %) sowie in den Landkreisen Ludwigshafen (21 %), Altenkirchen (19 %) und Alzey-Worms (19 %). Weniger bedeutend für die regionale Wirtschaftskraft sind Handels- und Verkehrsunternehmen in den meisten der oben genannten industriell geprägten Gebiete, insbesondere in der Stadt Ludwigshafen, im Donnersbergkreis und im Kreis Germersheim.

Die Dienstleistungsunternehmen haben allein ein Drittel zum Wachstum der Bruttowertschöpfung zwischen 1980 und 1990 beigetragen. Zu diesem heterogenen Sektor gehören die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, der Bereich Wohnungsvermittlung und die sonstigen Dienstleistungen wie Gastgewerbe, privates Gesundheitswesen, Verlagsgewerbe, freie Berufe u.ä. Die größte Bedeutung kommt den Dienstleistungsunternehmen in der Stadt Mainz sowie in den Landkreisen Ludwigshafen und Ahrweiler zu, wo sie jeweils rund zwei Fünftel der Bruttowertschöpfung erwirtschafteten. Am geringsten war ihr Gewicht in der Stadt Ludwigshafen und im Kreis Germersheim (13 bzw. 17 %). Mit Ausnahme der Stadt Kaiserslautern hat der Anteil in allen kreisfreien Städten und Landkreisen zugenommen, wie die überdurchschnittlichen Zuwachsraten dieses Bereichs erkennen lassen. Im Schnitt hat sich die Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen in den Landkreisen in diesen zehn Jahren verdoppelt, in den kreisfreien Städten stieg sie um 78 %.

Der Beitrag des Wirtschaftsbereichs Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck ist regional sehr unterschiedlich. Die Spanne der Anteilswerte reicht von 31 % in der stark von Behörden und der Bundeswehr geprägten Stadt Koblenz bis 5,5 % in der Industriestadt Ludwigshafen. Der Bereichsanteil dieser nicht marktbestimmten Dienstleistungen lag in den kreisfreien Städten mit durchschnittlich 16,8 % deutlich über dem der Landkreise mit 13,5 %.

Faßt man die Bereiche des tertiären Sektors zusammen, dann überwogen die privaten und öffentlichen Dienstleistungen mit einem Wertschöpfungsanteil von mehr als 50 % in 9 von 12 kreisfreien Städten und in 19 von 24 Landkreisen.

Diplom-Volkswirt Werner Kertels

Veränderungen im Familienstand 1970 bis 1992

Die Bevölkerung des Landes Rheinland-Pfalz hat sich zwischen der Volkszählung 1970 und dem Jahresende 1992 um gut 235 500 Personen oder 6,5 % erhöht. Damit einher ging eine Veränderung der alters- und der geschlechtsmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung. In Verbindung mit Verhaltensänderungen hinsichtlich der Heiratsneigung ergeben sich in diesem Zeitraum gravierende Änderungen, die allerdings bei den üblichen vereinfachten Darstellungen nicht so deutlich ins Blickfeld kommen. Deshalb sollen die Änderungen im Familienstand zwischen 1970 und 1992 etwas genauer untersucht werden.

Frauenüberschuß nur noch bei der älteren Bevölkerung

Am 31. Dezember 1992 lebten in Rheinland-Pfalz 1,893 Millionen Männer, gut 154 700 mehr als bei der Volkszählung 1970. Die Zunahme fiel mit 8,9 % weit stärker

aus als beim weiblichen Bevölkerungsteil, der in diesem Zeitraum nur um 4,2 % bzw. 80 800 auf nunmehr 1,988 Millionen anstieg. Die Gewinne waren bei Männern und Frauen gleichermaßen auf positive Wanderungssalden zurückzuführen, während die natürliche Bevölkerungsbilanz des Untersuchungszeitraumes jeweils negativ ausfiel. Wegen der geringeren Besetzung der älteren Jahrgänge bei den Männern, verursacht durch die hohe Zahl von Kriegstoten, und wegen der günstigeren Geburtenrelation (rund 105 Knaben auf 100 Mädchen) überwogen die Sterbefälle bei den Männern die Geburtenzahl zwischen 1970 und 1992 nur um rund 39 000. Bei der weiblichen Bevölkerung fiel der Gestorbenenüberschuß mehr als doppelt so hoch aus. Dadurch erhöhte sich der Männeranteil an der Gesamtbevölkerung von 47,7 % im Jahre 1970 auf heute 48,8 %, gleichzeitig ging der Frauenanteil von 52,3 auf 51,2 % zurück.

Der zahlenmäßige Gleichstand zwischen Männern und Frauen lag 1970 etwa in der Altersgruppe der

Bevölkerung 1970 und 1992 nach Familienstand und Geschlecht

Altersgruppe in Jahren	Volkzählung 1970			Fortschreibung 1992		
	insgesamt	verheiratet	nicht verheiratet	insgesamt	verheiratet	nicht verheiratet
Männer						
unter 18	543 532	11	543 521	380 606	18	380 588
18 – 20	55 005	1 185	53 820	40 352	251	40 101
20 – 25	108 784	28 311	80 473	141 493	12 941	128 552
25 – 30	114 786	79 947	34 839	176 029	64 715	111 314
30 – 35	144 293	120 430	23 863	167 145	106 325	60 820
35 – 40	119 915	106 697	13 218	149 223	111 712	37 511
40 – 45	118 992	109 377	9 615	140 154	111 871	28 283
45 – 50	98 504	91 292	7 212	105 847	86 207	19 640
50 – 55	62 120	57 488	4 632	140 040	116 147	23 893
55 – 60	92 560	84 196	8 364	125 085	106 217	18 868
60 – 65	92 923	82 042	10 881	106 673	91 987	14 686
65 – 70	82 315	68 740	13 575	83 994	71 762	12 232
70 – 75	52 485	40 097	12 388	57 498	47 559	9 939
75 – 80	29 284	19 149	10 135	35 423	26 778	8 645
80 und mehr	22 714	10 203	12 511	43 363	23 845	19 518
Zusammen	1 738 212	899 165	839 047	1 892 925	978 335	914 590
unter 18	543 532	11	543 521	380 606	18	380 588
18 – 30	278 575	109 443	169 132	357 874	77 907	279 967
30 – 40	264 208	227 127	37 081	316 368	218 037	98 331
40 – 50	217 496	200 669	16 827	246 001	198 078	47 923
50 – 65	247 603	223 726	23 877	371 798	314 351	57 447
65 – 75	134 800	108 837	25 963	141 492	119 321	22 171
75 und mehr	51 998	29 352	22 646	78 786	50 623	28 163
Frauen						
unter 18	517 500	1 485	516 015	361 540	281	361 259
18 – 20	51 630	10 031	41 599	38 762	2 013	36 749
20 – 25	101 934	62 464	39 470	133 000	32 535	100 465
25 – 30	109 519	94 870	14 649	160 071	94 546	65 525
30 – 35	134 950	121 312	13 638	155 566	120 119	35 447
35 – 40	111 013	98 495	12 518	139 468	113 345	26 123
40 – 45	121 017	103 449	17 568	130 471	107 663	22 808
45 – 50	134 008	106 826	27 182	99 913	82 274	17 639
50 – 55	86 950	61 199	25 751	135 672	110 516	25 156
55 – 60	127 777	79 679	48 098	123 375	95 667	27 708
60 – 65	126 492	69 734	56 758	111 135	76 875	34 260
65 – 70	108 270	49 869	58 401	117 364	66 487	50 877
70 – 75	81 952	27 809	54 143	99 967	40 658	59 309
75 – 80	53 436	11 705	41 731	70 518	16 251	54 267
80 und mehr	40 777	4 094	36 683	111 218	10 854	100 364
Zusammen	1 907 225	903 021	1 004 204	1 988 040	970 084	1 017 956
unter 18	517 500	1 485	516 015	361 540	281	361 259
18 – 30	263 083	167 365	95 718	331 833	129 094	202 739
30 – 40	245 963	219 807	26 156	295 034	233 464	61 570
40 – 50	255 025	210 275	44 750	230 384	189 937	40 447
50 – 65	341 219	210 612	130 607	370 182	283 058	87 124
65 – 75	190 222	77 678	112 544	217 331	107 145	110 186
75 und mehr	94 213	15 799	78 414	181 736	27 105	154 631

40- bis 45jährigen, als 98 Männer 100 Frauen gegenüberstanden. Im Jahre 1992 wandelt sich der Männerüberschuß der jüngeren Jahrgänge erst bei den etwa 60jährigen in ein zahlenmäßig ausgeglichenes Verhältnis. Auf rund 125 100 Männer der Altersgruppe 55 bis 60 Jahre kommen annähernd 123 400 Frauen. 1970 standen in dieser Altersgruppe erst knapp 92 600 Männer fast 127 800 Frauen gegenüber. Der Frauenüberschuß der Gesamtbevölkerung ging seit 1970 von rund 169 000 auf gerade noch 95 100 Personen (- 44 %) zurück, stieg aber bei den 75 Jahre und älteren von etwa 42 200 auf fast 103 000 an. Auch bei der 65 bis 75 Jahre alten Bevölkerung nahm der Frauenüberschuß von 55 400 auf über 75 800 Menschen zu. Dagegen verwandelte sich der Frauenüberschuß des Jahres 1970 in Höhe von rund 93 600 Personen bei den 50- bis 65jährigen im Jahre 1992 in einen geringfügigen Männerüberschuß. Auch bei der Bevölkerung im Alter zwischen 40 und 50 Jahren übertraf die Zahl der Männer 1992 die der Frauen um gut 15 600, während mehr als 20 Jahre früher ein Frauenüberschuß von rund 37 500 registriert wurde.

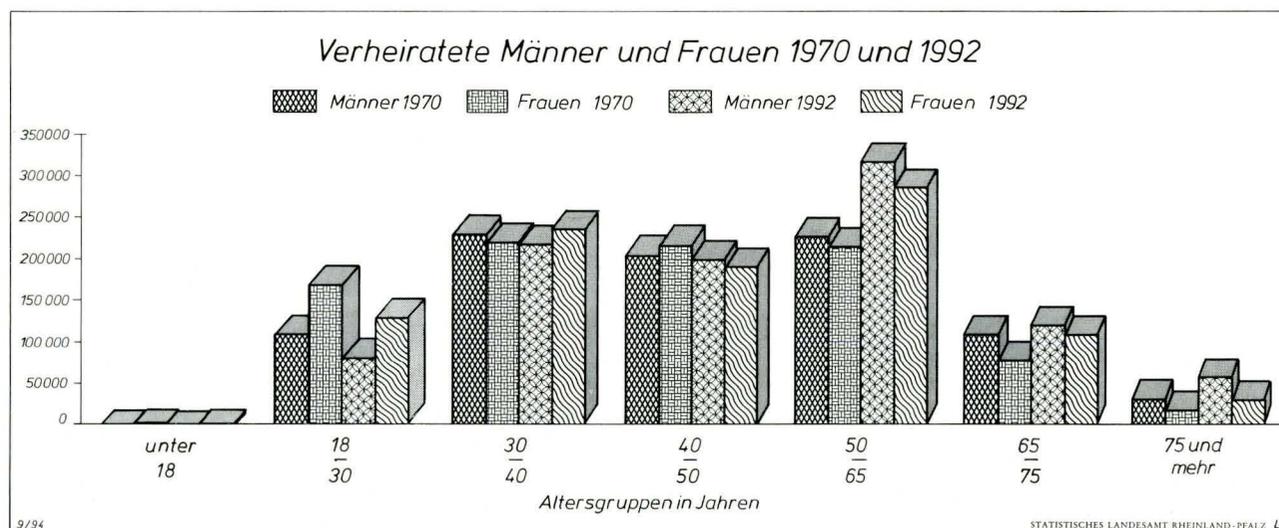
Verheiratetenquote der Frauen seit 1970 gestiegen

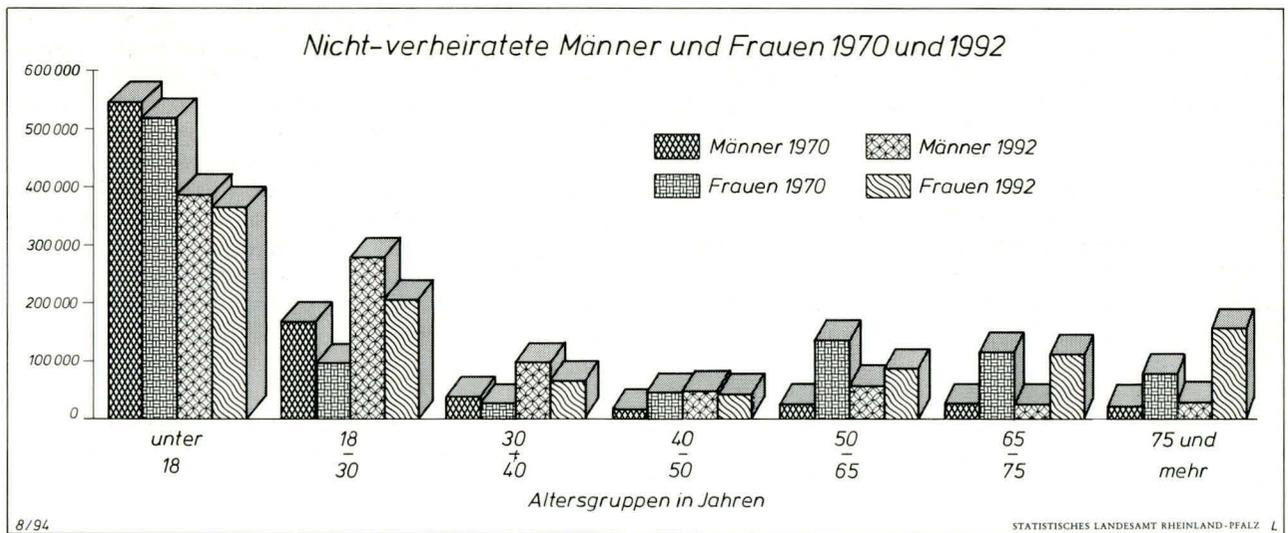
Von der Gesamtbevölkerung ausgehend sind die Unterschiede im Familienstand zwischen 1970 und 1992 auf den ersten Blick nicht sehr auffallend. So ist der Anteil der Verheirateten bei der männlichen Bevölkerung im Untersuchungszeitraum mit 51,7 % unverändert geblieben, während die Verheiratetenquote der Frauen von 47,3 auf 48,8 % zugenommen hat. In absoluten Zahlen ausgedrückt nahm die Zahl der verheirateten Männer um knapp 79 200 Personen oder 8,8 % zu. Diese Steigerungsrate entsprach etwa der Gesamtzunahme der männlichen Bevölkerung in diesem Zeitraum. Bei den Frauen nahm die Zahl der Verheirateten zwischen 1970 und 1992 um 7,4 % zu und lag damit deutlich höher als die Gesamtzunahme von 4,2 %. Die Zahl der Männer, die verwitwet sind, ist seit 1970 um nicht ganz 800 Personen gestiegen, ihr Anteil sank gleichzeitig von 2,8 auf 2,6 %. Bei den Frauen war dagegen im gleichen Zeitraum eine zahlenmäßige Zunahme der Witwen um 6,5 % zu verzeichnen, der Anteil an der weiblichen Bevölkerung erhöhte sich in diesem Zeit-

raum von 13,5 auf 13,8 %, so daß im Jahre 1992 den fast 275 000 verwitweten Frauen 49 400 Männer gegenüberstanden, die ihre Ehefrau durch Tod verloren haben. Die stärkste Veränderung ist bei der Zahl der Geschiedenen festzustellen. So waren 1992 gut 74 000 Männer oder 3,9 % der Männer geschieden, 1970 lag die Zahl mit gerade 16 500 noch weit niedriger. Die Zunahme um fast 350 % fiel bei der männlichen Bevölkerung weit höher aus als bei den Frauen, bei denen die Zahl der Geschiedenen um knapp 200 % zunahm. Der Anteil der geschiedenen Frauen an ihrer Gesamtzahl betrug im aktuellen Jahr 4,4 %, 1970 lag er noch bei 1,5 %. Kamen 1970 noch 56 geschiedene Männer auf 100 Frauen dieses Familienstandes, so waren es 1992 bereits 86. Hauptursache für die deutlich steigende Zahl der geschiedenen Personen in der Bevölkerung ist die Tatsache, daß sich die Zahl der jährlichen Scheidungen im Untersuchungszeitraum mehr als verdoppelt hat, während die Zahl der Wiederverheiratungen von Geschiedenen 1992 nur um ungefähr 70 % höher lag als vor 20 Jahren.

Heiratshäufigkeit bei jüngeren Männern stärker rückläufig als bei gleichaltrigen Frauen

Die sowohl bei Frauen als auch bei Männern seit langen Jahren zu beobachtende intensivere Berufsausbildung und neue, außerhalb der traditionellen Ehe liegende Formen des Zusammenlebens haben dazu geführt, daß das durchschnittliche Heiratsalter seit 1970 deutlich angestiegen ist. Bei den Männern hat es sich von unter 27 Jahre 1970 auf heute über 31 Jahre erhöht. Bei Männern, die erstmals heirateten, stieg das durchschnittliche Heiratsalter in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten von 24,6 auf über 28 Jahre. Bei der gesamten weiblichen Bevölkerung erhöhte sich das Heiratsalter seit 1970 von 23,4 auf über 28 Jahre, bei ledigen Frauen von nicht ganz 22 auf knapp 26 Jahre. Ein weiterer Beweis dieser Änderungen im Heiratsverhalten der Bevölkerung ist die ermittelte Heiratshäufigkeit. So haben 1970 von 100 ledigen Männern der Altersgruppe 20 bis 25 Jahre 16 geheiratet, 1992 waren es nur noch 4. Bei den 25- bis 30jährigen ging dieser Wert im Untersuchungszeitraum von 21 auf 9 zurück. Bei den Frauen nahmen die vergleichbaren Werte in der Altersgruppe





der 20- bis 25jährigen von 30 auf 8 ab, in der Gruppe der 25 bis 30 Jahre alten Frauen verringerte sich die Zahl von 20 auf 13.

Im Ergebnis sind 1992 nur noch 9,1 % der 20- bis 25jährigen Männer verheiratet, 1970 lag der Anteil mit 26 % weit höher. Bei den Frauen dieser Altersgruppe nahm der Anteil im gleichen Zeitraum von 61,3 auf 24,5 % ab. Von den 25- bis 30jährigen Männern waren 1970 fast 70 % verheiratet, 1992 dagegen nur noch knapp 37 %. Bei den Frauen dieser Altersgruppe nahm der Verheiratenanteil seit 1970 von nicht ganz 87 % auf nunmehr gut 59 % ab. Zusammengefaßt ergibt sich bei den 20- bis 30jährigen Männern seit 1970 eine Bevölkerungszunahme um 42 %, während die Zahl der Verheiraten um über 28 % zurückgegangen ist. Bei den Frauen dieses Alters steht einem Wachstum der

Gesamtzahl um 38,6 % eine Abnahme der Verheiratenzahl um gut 19 % gegenüber. Dieser Trend setzte sich auch bei den 30 bis 40 Jahre alten Männern fort. Die Zunahme der männlichen Bevölkerung dieses Alters seit 1970 um fast 20 % ging mit einem Rückgang der Zahl der Verheiraten um 4 % einher. Der Verheiratenanteil nahm bei den Männern in dieser Altersgruppe von 86 % auf knapp 69 % ab. Bei den 30- bis 40jährigen Frauen stieg die Gesamtzahl in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten ebenfalls um 20 %, gleichzeitig nahm aber auch die Zahl der Verheiraten um gut 6 % zu. Trotzdem ging der Verheiratenanteil von über 89 % im Jahre 1970 um rund 10 Prozentpunkte auf nunmehr 79 % zurück. Deutliche Entwicklungsunterschiede zwischen den Geschlechtern zeigten auch die folgenden Altersgruppen. Während der Anteil der verheiraten Männer an der Gesamtzahl bei der Altersgruppe 40 bis 50 Jahre seit 1970 um fast 12 Prozentpunkte auf

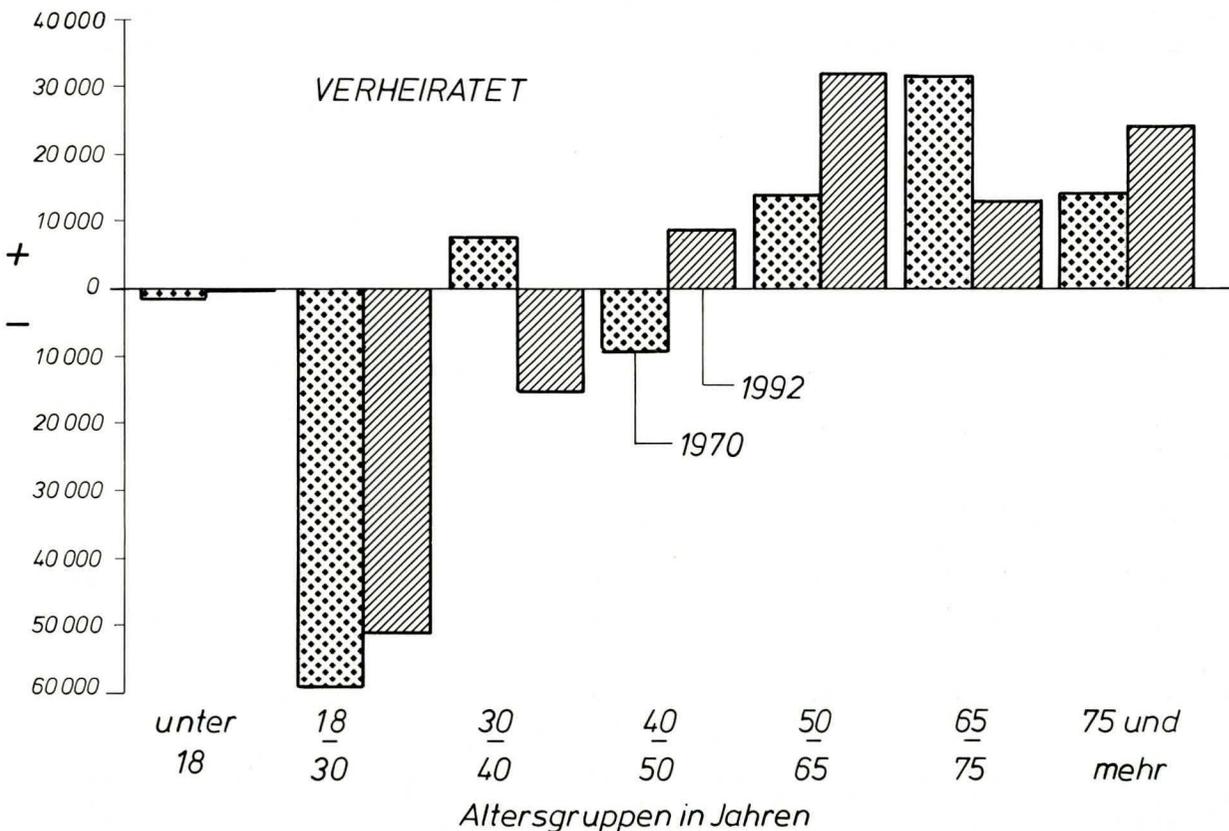
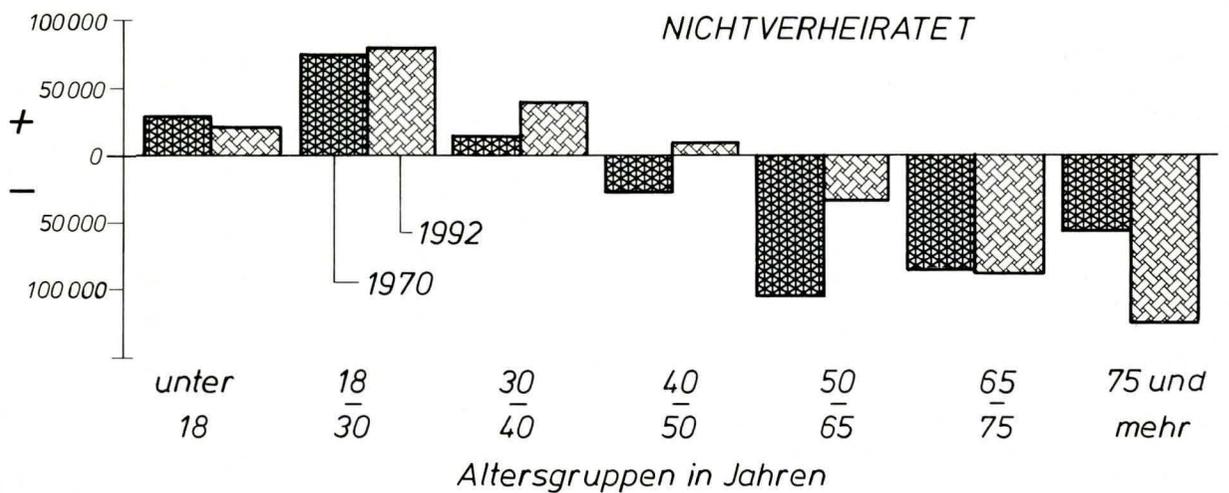
Männer- bzw. Frauen(-)überschuß 1970 und 1992 nach dem Familienstand

Altersgruppe in Jahren	Volkszählung 1970			Fortschreibung 1992		
	insgesamt	verheiratet	nicht verheiratet	insgesamt	verheiratet	nicht verheiratet
unter 18	26 032	- 1 474	27 506	19 066	- 263	19 329
18 - 20	3 375	- 8 846	12 221	1 590	- 1 762	3 352
20 - 25	6 850	- 34 153	41 003	8 493	- 19 594	28 087
25 - 30	5 267	- 14 923	20 190	15 958	- 29 831	45 789
30 - 35	9 343	- 882	10 225	11 579	- 13 794	25 373
35 - 40	8 902	8 202	700	9 755	- 1 633	11 388
40 - 45	- 2 025	5 928	- 7 953	9 683	4 208	5 475
45 - 50	- 35 504	- 15 534	- 19 970	5 934	3 933	2 001
50 - 55	- 24 830	- 3 711	- 21 119	4 368	5 631	- 1 263
55 - 60	- 35 217	4 517	- 39 734	1 710	10 550	- 8 840
60 - 65	- 33 569	12 308	- 45 877	- 4 462	15 112	- 19 574
65 - 70	- 25 955	18 871	- 44 826	- 33 370	5 275	- 38 645
70 - 75	- 29 467	12 288	- 41 755	- 42 469	6 901	- 49 370
75 - 80	- 24 152	7 444	- 31 596	- 35 095	10 527	- 45 622
80 und mehr	- 18 063	6 109	- 24 172	- 67 855	12 991	- 80 846
Zusammen	- 169 013	- 3 856	- 165 157	- 95 115	8 251	- 103 366
unter 18	26 032	- 1 474	27 506	19 066	- 263	19 329
18 - 30	15 492	- 57 922	73 414	26 041	- 51 187	77 228
30 - 40	18 245	7 320	10 925	21 334	- 15 427	36 761
40 - 50	- 37 529	- 9 606	- 27 923	15 617	8 141	7 476
50 - 65	- 93 616	13 114	- 106 730	1 616	31 293	- 29 677
65 - 75	- 55 422	31 159	- 86 581	- 75 839	12 176	- 88 015
75 und mehr	- 42 215	13 553	- 55 768	- 102 950	23 518	- 126 468

80,5% zurückging, blieb der Verheiratetenanteil bei den Frauen dieses Alters im Untersuchungszeitraum mit 82,5 % praktisch unverändert. Bei der 50- bis 65jährigen Bevölkerung waren die Unterschiede in der zeitlichen Entwicklung zwischen Männern und Frauen noch deutlicher. Einem Rückgang des Verheiratetenanteils bei den Männern von 90,4 % 1970 auf heute 84,5 % stand ein Anstieg bei der weiblichen Bevölkerung von 61,7 auf jetzt 76,5% gegenüber. Der Anteil der Verheirateten lag bei den 65 bis 75 Jahre alten Frauen und Männern 1992 jeweils höher als 1970 und beträgt heute

49,3% bei der weiblichen und 84,3 % bei der männlichen Bevölkerung. Von den 75 Jahre und älteren Männern waren 1992 gut 64 % verheiratet, rund 8 Prozentpunkte mehr als zwei Jahrzehnte zuvor. Bei den älteren Frauen nahm der Verheiratetenanteil im gleichen Zeitraum von 16,8 auf 14,9 % ab, während sich ihre Anzahl gleichzeitig von 15 800 auf 27 100 erhöhte. Die Zahl der verheirateten Männer höheren Alters ist in diesem Zeitraum von weniger als 29 400 auf gut 50 600 im Jahre 1992 gestiegen, so daß heute bei den Verheirateten dieses Alters 187 Männer auf 100 Frauen kommen.

Männer- bzw. Frauen(-)-Überschuß der nichtverheirateten und verheirateten Bevölkerung 1970 und 1992



Anzahl der Männer auf 100 Frauen 1970 und 1992
nach dem Familienstand

Altersgruppe in Jahren	Volkszählung 1970			Fortschreibung 1992		
	insgesamt	verheiratet	nicht verheiratet	insgesamt	verheiratet	nicht verheiratet
unter 18	105	1	105	105	6	105
18 – 20	107	12	129	104	12	109
20 – 25	107	45	204	106	40	128
25 – 30	105	84	238	110	68	170
30 – 35	107	99	175	107	89	172
35 – 40	108	108	106	107	99	144
40 – 45	98	106	55	107	104	124
45 – 50	74	85	27	106	105	111
50 – 55	71	94	18	103	105	95
55 – 60	72	106	17	101	111	68
60 – 65	73	118	19	96	120	43
65 – 70	76	138	23	72	108	24
70 – 75	64	144	23	58	117	17
75 – 80	55	164	24	50	165	16
80 und mehr	56	249	34	39	220	19
Zusammen	91	100	84	95	101	90
unter 18	105	1	105	105	6	105
18 – 30	106	65	177	108	60	138
30 – 40	107	103	142	107	93	160
40 – 50	85	95	38	107	104	118
50 – 65	73	106	18	100	111	66
65 – 75	71	140	23	65	111	20
75 und mehr	55	186	29	43	187	18

Männerüberschuß erschwert die Suche der unter 50jährigen nach einer Partnerin gleichen Alters

Die starke Zunahme des „Zusammenlebens ohne Trauschein“ erklärt nur zum Teil die beträchtlichen Rückgänge in den Verheiratetenquoten von Männern und Frauen. Nicht erklärbar ist dadurch vor allem die Tatsache, daß die Rückgänge bei der männlichen Bevölkerung, besonders im Alter zwischen 18 und 50 Jahren, fast durchweg deutlich höher ausfielen als bei den Frauen. Hier müssen noch weitere Erklärungen gesucht werden.

Ausgehend vom Jahre 1970 hat sich der Frauenüberschuß der Gesamtbevölkerung von gut 169 000 auf nunmehr noch rund 95 100 stark reduziert. Betrachtet man nur die Altersgruppe der 18- bis 50jährigen, in der die Eheschließungen hauptsächlich stattfinden, dann hat sich der geringfügige Frauenüberschuß des Jahres 1970 in Höhe von knapp 3 800 im Jahre 1992 in einen Männerüberschuß von rund 63 000 gewandelt. Das bedeutet, daß im aktuellen Berichtsjahr den gut 920 200 Männern nur knapp 857 300 Frauen gegenüberstehen. Von den Männern dieses Alters sind 494 000 verheiratet, 426 200 bzw. 46,3 % sind nicht verheiratet, d. h. sie sind ledig, verwitwet oder geschieden. Die Zahl der nicht verheirateten Männer hat gegenüber 1970 um über 91 % zugenommen, während ihre Gesamtzahl in dieser Altersgruppe nur um 21 % gestiegen ist. Von den 857 300 Frauen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren waren 1992 rund 552 500 verheiratet, 304 800 oder 35,6 % hatten keinen Ehemann. Im Vergleich zu 1970 ist die Zahl der nicht verheirateten Frauen um knapp 83 %, ihre Gesamtzahl in dieser Altersgruppe um 12,2 % gestiegen. Im Saldo ergab das 1992 bei den Nichtverheirateten einen Männerüberschuß von fast 121 500.

Gegenüber 1970 hat sich der Männerüberschuß weit mehr als verdoppelt. Selbst wenn man unterstellt, daß alle nicht verheirateten Frauen dieser Altersgruppe heiraten oder mit einem Mann zusammenleben möchten, dann bedeutet dieser Männerüberschuß, daß eine sehr hohe Zahl von Männern keine Frau ihres Alters finden würde. Eine zusätzliche Konkurrenz erwächst den jüngeren Männern noch dadurch, daß ältere Männer verhältnismäßig häufig deutlich jüngere Frauen ehelichen. Schlüsselt man die Altersgruppe der 18- bis 50jährigen weiter auf, dann treten teilweise noch größere Unterschiede zutage. Während sich bei der 20 bis 25 Jahre alten nichtverheirateten Bevölkerung der Männerüberschuß zwischen 1970 und 1992 von 41 000 auf 28 100 verringert hat, nahm er bei den 25- bis 30jährigen, die im Hauptheiratsalter stehen, von 20 200 auf rund 45 800 zu. Bei den Nichtverheirateten der Altersgruppe 30 bis 35 Jahre stieg der Männerüberschuß in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten um gut 15 000 auf jetzt fast 25 400. In den Altersgruppen 40 bis 45 bzw. 45 bis 50 Jahre verwandelte sich der Frauenüberschuß des Jahres 1970 in einen Männerüberschuß im Jahre 1992. Bei den 50 Jahre und älteren Rheinland-Pfälzern gab es beim nicht verheirateten Bevölkerungsteil auch 1992 durchweg einen Frauenüberschuß. Im Vergleich zu 1970 lag er allerdings bei den 50- bis 65jährigen deutlich niedriger. In diesem Zeitraum reduzierte er sich von 106 700 auf nur noch knapp 29 700. Kaum mehr eine Chance wieder einen Ehemann zu finden haben die zumeist verwitweten Frauen über 65 Jahren. Hier standen 1992 den über 264 800 nicht verheirateten Frauen nur rund 50 300 ledige, verwitwete oder geschiedene Männer dieses Alters gegenüber. Das entsprach einem Zahlenverhältnis von 19 Männern zu 100 Frauen. Gut zwei Jahrzehnte zuvor lag diese Relation mit 26 zu 100 noch günstiger.

Das festgestellte Ungleichgewicht wird sich noch verstärken

Der im Zeitraum 1970 bis 1992 beobachtete Rückgang des Frauenüberschusses in der Gesamtbevölkerung und die damit einhergehenden beträchtlichen Verschiebungen zwischen den Altersgruppen und den Geschlechtern dürften noch nicht zu Ende sein. Das zeigen die Ergebnisse der jüngsten Bevölkerungsprognose für Rheinland-Pfalz. Bei einem Vergleich zwischen dem tatsächlichen Ergebnis des Jahres 1992 und dem Prognosejahr 2000 kann in den verschiedenen Altersgruppen nur auf den jeweiligen Gesamtüberschuß an Männern bzw. Frauen eingegangen werden, da Aussagen über verheiratete oder nicht verheiratete Personen nicht aus der Vorausschätzung abgeleitet werden können.

Der Frauenüberschuß des Jahres 1992 in der Gesamtbevölkerung wird sich bis zur Jahrtausendwende von gut 95 100 auf etwa ein Drittel (33 400) verringern. In der wichtigen Altersgruppe der 18- bis 50jährigen Bevölkerung wird sich im gleichen Zeitraum der bereits vorhandene Männerüberschuß von 63 000 auf über 85 300 erhöhen. Besonders stark wird dabei der Anstieg in der Altersgruppe 30 bis 40 Jahre sein. Der Überschluß an Männern wird sich im Jahre 2000 auf 35 700 gegenüber 21 300 im Jahre 1992 be-

laufen. Auch bei den 40- bis 50jährigen wird es am Ende dieses Jahrzehnts 23 400 Männer mehr als Frauen geben, der heutige Überschub wird sich um 7 800 erhöht haben. Selbst in der Altersgruppe der 65- bis 75jährigen wird sich die zahlenmäßige Situation der Frauen bis zum Jahr 2000 deutlich verbessern, da der heutige Frauenüberschub von über 75 800 auf dann noch knapp 33 700 abnehmen wird. Die weitere Zunahme des Männerüberschusses bei der jüngeren Bevölkerung in den kommenden Jahren wird auch dadurch verstärkt, daß in der Prognose bei Zuzügen aus dem Ausland ein zahlenmäßiges Übergewicht der männlichen Bevölkerung, wie es in den zurückliegenden Jahren beobachtet wurde, unterstellt werden muß.

Die erwartete Fortsetzung des beobachteten Trends, daß den Männern im Alter unter 50 bzw. 60 Jahren eine viel zu geringe Frauenpopulation gegenübersteht, dürfte längerfristig nicht ohne Auswirkung auf die Bezie-

hungen zwischen Männern und Frauen bleiben. Vielfältige Überlegungen und „Gegenstrategien“ sind dabei denkbar. So könnten Männer versuchen, Vorteile gegenüber ihren Geschlechtsgenossen zu erringen, indem sie sich besser qualifizieren und dementsprechend eine schnellere Karriere machen. Es wäre auch denkbar, daß Frauen wegen der größeren Auswahlmöglichkeiten zukünftig vermehrt Partner aussuchen, bei denen sie „frauentypischere“ Ansprüche und Vorstellungen in die Beziehung einbringen können. Die Bevölkerungswissenschaft wird die Auswirkungen dieses Ungleichgewichts untersuchen und analysieren müssen, um für die gesellschafts- und familienpolitischen Probleme, die durch derartige Verwerfungen entstehen, Lösungsmöglichkeiten zu finden. Die häufig zu hörenden Vorschläge, Männer sollten Frauen höheren Alters heiraten bzw. die Zuwanderung jüngerer Frauenjahrgänge sei zu fördern, dürften in ihrer vereinfachten Form weder realistisch noch erfolgversprechend sein.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Krankenhäuser 1992

Neue Rechtsgrundlage mit erweitertem Erhebungsbereich

Durch die Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser (KHStatV) vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730) wurde die Krankenhausstatistik vom Berichtsjahr 1990 an auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Bis dahin war sie als koordinierte Länderstatistik erhoben worden und hatte sich auf die 3. Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 gestützt. Eine Novellierung war notwendig geworden, weil die alten Rechtsvorschriften nicht mehr den heutigen Anforderungen an statistische Rechtsgrundlagen entsprachen. Hinzu kam, daß die bisherige Statistik hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausgestaltung dem Informationsbedarf von Parlament, Regierung, Wissenschaft und allen sonstigen Interessierten zuletzt nicht mehr in zufriedenstellender Weise gerecht werden konnte. Daher wurde das seitherige Erhebungsprogramm überarbeitet und teilweise ergänzt sowie um zwei Erhebungsteile erweitert. Die neue Krankenhausstatistik umfaßt nunmehr folgende Teilbereiche:

- Teil I: Grunddaten
- Teil II: Diagnosen
- Teil III: Kostennachweis

Der jetzige Teil I entspricht in seinem Kern dem Merkmalskatalog der alten Statistik. Im Teil II, dessen erstmalige Erhebung für das Jahr 1993 erfolgt, werden auch die Wohngemeinden – bei Ausländern das Herkunftsland – der stationär behandelten Patienten erfaßt. Dadurch wird es künftig möglich sein, eine Patienten-Einzugsgebietestatistik zu erstellen. Durch Teil III werden insbesondere Informationen über Personal- und Sachkosten, gegliedert nach Funktionsbereichen bzw. Kostenarten, bereitgestellt.

Neuabgrenzung der Berichtskreise

Eine weitere Neuerung, die sich im Konzept der Krankenhausstatistik niederschlägt, wurde vom Gesetzgeber vorgegeben. Durch § 107 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – SGB V (Gesundheitsreformgesetz vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477) werden die Einrichtungen der stationären Behandlung nunmehr eingeteilt in

- Krankenhäuser, die der Krankenhausbehandlung oder Geburtshilfe dienen (§ 107 Abs. 1 SGB V) und
- Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (§ 107 Abs. 2 SGB V).

Dieser Unterscheidung folgt das Erhebungsschema der Krankenhausstatistik. Es ersetzt die frühere Einteilung der stationären Einrichtungen in Akutkrankenhäuser einerseits und Sonderkrankenhäuser andererseits. Zwar zählen die Akutkrankenhäuser alter Definition ganz überwiegend zu der heutigen Gruppe der Krankenhäuser im engeren Sinne (§ 107 Abs. 1 SGB V), jedoch ist eine Vergleichbarkeit nach der Neuabgrenzung nicht gegeben, da eine Reihe früherer Sonderkrankenhäuser (z. B. die Krankenhäuser für Psychiatrie) im jetzigen Konzept zu den Einrichtungen der Krankenhausbehandlung zählen, während andererseits manche ehemaligen Akutkrankenhäuser heute dem Vorsorge- oder Rehabilitationsbereich zugeordnet sind. Sofern eine stationäre Einrichtung in Ausnahmefällen beiden vorgenannten Zwecken dient – in Rheinland-Pfalz gab es 1992 lediglich zwei dieser „Mischhäuser“ – muß sie für jeden Teilbereich eine organisatorisch selbständige Wirtschaftseinheit bilden. Mischhäuser werden in der Statistik sowohl bei den Krankenhäusern als auch bei den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen jeweils mit den zugehörigen Erhebungsmerkmalen gezählt.

Krankenhäuser 1992 nach Bettengrößenklassen, Krankenhausarten und Verweildauer der Patienten

Bettengrößenklasse Träger	Krankenhäuser			Aufgestellte Betten			Plan- betten	Durch- schnittliche Verweildauer in Tagen	Betten- auslastung in %
	zu- sammen	Anteil	Plan- krankenh.	zu- sammen	Anteil	Beleg- betten			
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl				
Krankenhäuser insgesamt									
unter 50	9	7,8	2	200	0,7	69	32	10,2	70,4
50 – 100	16	13,8	12	1 130	3,9	327	868	14,1	90,1
100 – 150	12	10,3	12	1 426	4,9	93	1 426	17,5	87,8
150 – 200	21	18,1	20	3 597	12,4	617	3 435	12,6	82,9
200 – 250	17	14,7	17	3 726	12,9	775	3 726	12,1	85,6
250 – 300	7	6,0	6	1 922	6,6	238	1 640	14,2	88,8
300 – 400	15	12,9	14	5 189	17,9	494	4 852	12,0	85,8
400 – 600	14	12,1	14	6 702	23,2	249	6 702	12,5	86,2
600 und mehr	5	4,3	5	5 017	17,4	1	5 077	13,1	84,2
insgesamt	116	100	102	28 909	100	2 863	27 758	12,8	85,6
Allgemeine Krankenhäuser									
unter 50	8	7,5	1	200	0,8	69	32	10,2	70,4
50 – 100	14	13,2	10	1 000	3,8	327	738	13,0	89,5
100 – 150	9	8,5	9	1 047	3,9	93	1 047	14,2	85,2
150 – 200	20	18,9	20	3 422	12,9	617	3 435	12,9	83,3
200 – 250	17	16,0	17	3 726	14,0	775	3 726	12,1	85,6
250 – 300	7	6,6	6	1 922	7,2	238	1 640	14,2	88,8
300 – 400	15	14,2	14	5 189	19,5	494	4 852	12,0	85,8
400 – 600	12	11,3	12	5 822	21,9	249	5 822	11,4	86,6
600 und mehr	4	3,8	4	4 227	15,9	1	4 287	11,6	84,0
zusammen	106	100	93	26 555	100	2 863	25 579	12,2	85,5
in öffentlicher Trägerschaft	28	26,4	26	10 100	38,0	649	9 797	11,9	84,3
in freigemeinnütziger Trägerschaft	64	60,4	64	15 452	58,2	1 941	15 465	12,2	86,1
in privater Trägerschaft	14	13,2	3	1 003	3,8	273	317	14,3	88,8
Psychiatrische Krankenhäuser									
unter 100	2	25,0	2	130	6,0	-	130	.	.
100 – 400	3	37,5	3	379	17,4	-	379	40,6	95,0
400 und mehr	3	37,5	3	1 670	76,6	-	1 670	37,9	84,6
zusammen	8	100	8	2 179	100	-	2 179	38,4	87,0
in öffentlicher Trägerschaft	3	37,5	3	1 670	76,6	-	1 670	37,9	84,6
in freigemeinnütziger Trägerschaft	2	25,0	2	209	9,6	-	209	.	.
in privater Trägerschaft	3	37,5	3	300	13,8	-	300	40,0	94,2
Bundeswehrkrankenhäuser									
zusammen	1	100	-	175	100	-	-	.	.
Reine Tages- oder Nachtkliniken									
zusammen	1	100	1	20 ¹⁾	100	-	-	.	.

1) Plätze.

Die Berichtskreise der neuen Krankenhausstatistik unterscheiden sich im Umfang ihrer Auskunftspflicht. Während die Krankenhäuser zu allen drei Erhebungsteilen auskunftspflichtig sind, beschränkt sich die Berichtspflicht der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen auf einen verkürzten Erhebungskatalog des Teils I. Ein Sonderfall sind die Krankenhäuser der Bundeswehr, die weder über ihr Personal noch über ihre Kosten Angaben zu liefern haben und deren Informationspflicht auf den Bereich der Zivilpatienten begrenzt ist. Im folgenden sollen die wichtigsten Ergebnisse des Teils I für die Krankenhäuser dargestellt werden. Die entsprechenden Angaben über die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen bleiben also hier außer Betracht.

116 Krankenhäuser mit 28 909 Betten

Krankenhäuser im Sinne des § 107 Abs. 1 SGB V und damit in die Krankenhausstatistik einzubeziehen sind Einrichtungen, die

1. der Krankenhausbehandlung oder Geburtshilfe dienen,
2. fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Leitung stehen,
3. mit Hilfe jederzeit verfügbarem ärztlichem, Pflege-, Funktions- und medizinisch-technischem Personal darauf eingerichtet sind, Krankheiten zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten, Beschwerden zu lindern oder Geburtshilfe zu leisten und in denen
4. die Patienten untergebracht und gepflegt werden können.

Am Jahresende 1992 gab es in Rheinland-Pfalz 116 Krankenhäuser mit zusammen 28 909 aufgestellten Betten (bei allen Angaben über die Bettenkapazität handelt es sich jeweils um Jahresdurchschnittswerte). In

der Gesamtzahl der Einrichtungen ist ein Bundeswehrkrankenhaus mit 175 Betten für Zivilpatienten enthalten, des weiteren eine reine Tagesklinik, deren 20 Plätze aber bei der Gesamtbettenzahl unberücksichtigt bleiben. Zwei Jahre zuvor, als ebenfalls 116 Krankenhäuser berichtspflichtig waren, hatte sich das Bettenangebot auf 29 267 belaufen. Je 10 000 Einwohner ging der Bettenbestand von 78,4 auf 75 leicht zurück.

Bei gut jedem fünften der erfaßten Krankenhäuser handelte es sich um kleinere Einrichtungen mit weniger als 100 aufgestellten Betten bzw. Tagesklinikplätzen. Es gab 19 Häuser (16,4 %) mit mindestens 400, darunter 5 mit mindestens 600 Betten. Den Status eines Plankrankenhauses, also einer Einrichtung, die in den Landeskrankenhausplan aufgenommen ist, hatten 102 der insgesamt 116 Häuser. Einbezogen ist dabei das Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz mit seinen 1 740 Planbetten. Die Gesamtzahl der Planbetten belief sich auf 27 758, wobei die 20 Plätze der Tagesklinik, die auch im Landeskrankenhausplan enthalten ist, nicht eingerechnet sind.

Allgemeine Krankenhäuser größte Gruppe

Das Aufbereitungskonzept der Krankenhausstatistik unterscheidet vier Typen von Krankenhäusern

- allgemeine Krankenhäuser;
- Häuser, die ausschließlich über Abteilungen für Psychiatrie oder Psychiatrie und Neurologie verfügen;
- Bundeswehrkrankenhäuser;
- reine Tages- oder Nachtkliniken.

Die weitaus größte Gruppe bilden die allgemeinen Krankenhäuser. Sie verfügen über Betten in vollstationären Fachabteilungen mit einem in der Regel breiten

Ausgewählte Eckdaten über die Krankenhäuser 1990 bis 1992

Merkmal	Krankenhäuser insgesamt			Allgemeine Krankenhäuser			Psychiatrische Krankenhäuser		
	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992
Einrichtungen	116	117	116	107	107	106	8	8	8
Aufgestellte Betten									
Anzahl	29 267	29 128	28 909	26 818	26 700	26 555	2 294	2 279	2 179
je 10 000 Einwohner	78,4	76,9	75,0	71,8	70,5	68,9	6,1	6,0	5,7
Vollstationär behandelte Patienten	695 119	700 272	707 479	672 390	677 247	683 660	17 587	17 710	18 083
Pflege tage	9 317 297	9 235 161	9 056 098	8 521 223	8 438 802	8 314 518	752 089	752 167	693 563
Durchschnittliche Verweildauer in Tagen	13,4	13,2	12,8	12,7	12,5	12,2	42,8	42,5	38,4
Durchschnittliche Bettenauslastung in %	87,2	86,9	85,6	87,1	86,6	85,5	89,8	90,4	87,0
Ärztliches Personal									
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	·	3 728	3 914	·	3 570	3 740	·	156	172
belegte Betten je ärztliche Vollkraft	·	6,8	6,3	·	6,5	6,1	·	13,2	11,0
Pflegepersonal									
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	·	13 613	14 366	·	12 403	13 068	·	1 210	1 298
belegte Betten je Pflegeperson	·	1,8	1,7	·	1,9	1,7	·	1,7	1,5

Spektrum von Fachgebieten, wie insbesondere Innere Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Die allgemeinen Krankenhäuser unterscheiden sich dadurch von den Häusern, die ausschließlich psychiatrische oder psychiatrische und neurologische Abteilungen führen.

Ende 1992 wurden 106 allgemeine Krankenhäuser mit zusammen 26 555 Betten betrieben. Bei 2 863 oder knapp 11 % der Betten handelte es sich um Belegbetten. Den allgemeinen Krankenhäusern, zu denen auch die Hochschulklinik rechnet, waren insgesamt 25 579 Planbetten genehmigt. Im Jahre 1990 gab es noch 107 Krankenhäuser dieses Typs mit einer Gesamtbettenkapazität von 26 818, geringfügig mehr als 1992. Die Bettenversorgung durch Allgemeinhäuser ging zwischen 1990 und 1992 von 71,8 auf 68,9 je 10 000 Einwohner zurück.

Die Bundeswehrkrankenhäuser werden wegen ihres verkürzten Merkmalkatalogs als eigener Krankentyp ausgewiesen. Sie werden nur mit den für Zivilpatienten zur Verfügung stehenden Betten in die Statistik einbezogen. Das Bundeswehrzentral Krankenhaus in Koblenz hält 175 derartige Betten vor.

98 Allgemeinkrankenhäuser zur Behandlung von GKV-Patienten zugelassen

Nach den Bestimmungen des § 108 SGB V dürfen die Krankenkassen eine Krankenhausbehandlung nur erbringen lassen durch Hochschulkliniken im Sinne des Hochschulbauförderungsgesetzes und Plankrankenhäuser sowie Krankenhäuser, die einen Versorgungsvertrag mit den Landesverbänden der Krankenkassen und den Verbänden der Ersatzkassen abgeschlossen haben. Dieser Einteilung folgt auch das statistische Aufbereitungsprogramm. Von den 106 im Jahre 1992 erfaßten allgemeinen Krankenhäusern zählten 98 zu den sogenannten „zugelassenen Krankenhäusern“ im Sinne des § 108 SGB V. Größte Gruppe waren die 92 Plankrankenhäuser, auf die mit 23 857 Betten allein knapp neun Zehntel aller in allgemeinen Häusern vorhandenen Betten entfielen. Das Klinikum der Universität Mainz war mit 1 649 aufgestellten Betten bzw. 6,2 % am Bettenangebot beteiligt, während der entsprechende Anteil der 5 Vertragskrankenhäuser 535 Betten oder 2 % betrug. Die restlichen 8 Allgemeinkrankenhäuser waren solche, die nicht zur Behandlung von Patienten der gesetzlichen Krankenversicherung zugelassen waren; sie hielten 514 (1,9 %) Betten vor.

Drei Fünftel der Betten in freigemeinnützigen Krankenhäusern

Die Bedeutung der freigemeinnützigen Träger, die vor allem dem kirchlichen Bereich zuzuordnen sind, für das Krankenhauswesen des Landes zeigt sich darin, daß von den 106 Allgemeinkrankenhäusern allein 64 von solchen Trägern betrieben wurden, wobei sie mit einer Anzahl von 15 452 gut 58 % der aufgestellten Betten bereithielten. Zweitgrößte Gruppe waren die in öffentlicher, insbesondere kommunaler Trägerschaft arbeiten-

den 28 Allgemeinhäuser. Ihr Bettenangebot (10 100) entsprach einem Anteil von 38 %. Von privaten Trägern wurden 14 Einrichtungen geführt, die zusammen 1 003 Betten (3,8 %) aufgestellt hatten.

Das Gewicht der – gemessen an der Bettenausstattung – größeren Einheiten für die stationäre Krankenversorgung wird daran deutlich, daß die 16 Allgemeinhäuser (15,1 %) mit 400 und mehr Betten allein 10 049 oder fast 38 % aller Betten vorhielten. Dagegen entfielen auf die 31 Kliniken (29,2 %) mit weniger als 150 Betten 2 247 oder 8,5 % der Gesamtbettenzahl.

Im rechnerischen Durchschnitt ergibt sich 1992 für die allgemeinen Krankenhäuser eine Bettenzahl von 251 je Haus. Die von öffentlichen Trägern geführten allgemeinen Krankenhäuser sind mit durchschnittlich 361 Betten je Haus deutlich größer als die freigemeinnützigen (241 Betten). Die in privater Trägerschaft betriebenen Einrichtungen zählten überwiegend zu den kleineren Häusern; ihre durchschnittliche Bettenzahl belief sich auf 72.

Acht psychiatrische Krankenhäuser mit 2 179 vollstationären Betten

Von den allgemeinen Krankenhäusern unterscheidet sich die zweitgrößte Gruppe der Krankenanstalten durch die Struktur der Patienten. Es handelt sich um diejenigen Krankenhäuser, die ausschließlich Betten für psychiatrische oder psychiatrische und neurologische Patienten vorhalten. Sie werden im folgenden als psychiatrische Krankenhäuser bezeichnet. Zu diesem Krankentyp rechneten 1992 insgesamt 8 Einrichtungen. Sie verfügten zusammen über 2 179 aufgestellte Betten zur vollstationären Behandlung. Die Häuser sind sämtlich in den Landeskrankenhausplan aufgenommen, die Zahl der aufgestellten Betten ist identisch mit der Planbettenzahl.

Ebenso wie bei den allgemeinen Krankenhäusern ist gegenüber 1990 (2 294) eine geringfügige Bettenreduzierung festzustellen. Je 10 000 Einwohner belief sich die Bettenkapazität 1992 auf 5,7 Betten gegenüber 6,1 im Jahre 1990.

Jeweils drei der psychiatrischen Kliniken befanden sich in öffentlicher bzw. privater Trägerschaft, zwei wurden von freigemeinnützigen Trägern betrieben. Mit 1 670 wurden die meisten Betten, nämlich drei Viertel der Gesamtzahl von den öffentlichen Einrichtungen vorgehalten. Es handelte sich dabei um größere Anstalten, die jeweils über 400 und mehr Betten verfügten. Das Bettenangebot der privat geführten Häuser belief sich auf 300, das der freigemeinnützigen auf 209 Betten.

Reine Tages- oder Nachtkliniken als neue Form der stationären Behandlung

In acht Krankenhäusern wurden neben der vollstationären Behandlung noch zusammen 118 Plätze als Tages- oder Nachtambulanzplätze angeboten. Der größte Teil dieser Plätze erstreckte sich auf die Bereiche Psychiatrie (90) und Geriatrie (16). Ein noch relativ

neuer Krankentyp sind die reinen Tages- oder Nachtkliniken. Sie führen ausschließlich teilstationäre Behandlungen durch und haben keine Betten im Sinne der Statistik, sondern bieten Plätze für einen Teil des Tages – tagsüber oder während der Nacht – an. Im Berichtsjahr gab es eine reine Tagesklinik mit 20 Plätzen für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Neuwied. Die im Laufe des Jahres 1992 eröffnete DRK-Tagesklinik für Psychiatrie in Bad Kreuznach wird erst vom Berichtsjahr 1993 an in der Krankenhausstatistik nachgewiesen.

Durchschnittliche Verweildauer in den Allgemeinkrankenhäusern ging auf 12,2 Tage zurück

Die Zahl der vollstationär behandelten Patienten (ohne Stundenfälle, also diejenigen Patienten, die noch am Aufnahmetag wieder entlassen wurden) stieg in den allgemeinen Krankenhäusern von 672 390 im Jahre 1990 über 677 250 (1991) auf 683 660 an. Trotzdem nahm gleichzeitig die Zahl der Pfl egetage von 8,52 Millionen über 8,44 Millionen auf 8,31 Millionen ab, da von 1990 bis 1992 eine leichte Abnahme der durchschnittlichen Verweildauer von 12,7 über 12,5 auf 12,2 Tage zu verzeichnen war. Der letztgenannte Durchschnittswert

entsprach exakt dem für die freigemeinnützigen Allgemeinkrankenhäuser errechneten Wert des Jahres 1992, den die in öffentlicher Trägerschaft geführten Häuser (11,9 Tage) unter-, die Privatkrankenhäuser (14,3 Tage) dagegen überschritten. Die Differenzierung nach Bettengröß enklassen zeigt, daß die kleinen Häuser mit weniger als 50 Betten die kürzeste Verweildauer (10,2 Tage) aufweisen. Unterdurchschnittlich sind jedoch auch die Werte der Krankenanstalten mit 400 bis 600 Betten (11,4 Tage) sowie 600 und mehr Betten (11,6 Tage). Die längste Verweildauer unter den Allgemeinhäusern haben mit jeweils durchschnittlich 14,2 Tagen diejenigen mit 100 bis 150 sowie 250 bis 300 Betten.

Bettenauslastung der Allgemeinkrankenhäuser bei durchschnittlich 85,5 %

Die durchschnittliche Bettenauslastung errechnet sich, indem die Zahl der aufgestellten Betten in Relation zur Summe der Pfl egetage – ohne Stundenfälle – gesetzt wird. Für die allgemeinen Krankenhäuser zeigt sich analog zur rückläufigen Entwicklung der Pfl egetage seit 1990 ein Rückgang der Bettenauslastung von

Aufgestellte Betten, Pfl egetage und behandelte Patienten 1992 nach Krankenhausarten und Fachabteilungen

Fachabteilung	Krankenhäuser mit entsprechender Fachabteilung	Aufgestellte Betten				Pfl egetage	Vollstationär behandelte Patienten	Durchschnittl. Verweildauer
		insgesamt	Anteil	je 10 000 Einwohner	darunter Belegbetten			
		Anzahl	%		Anzahl		Tage	
Allgemeine Krankenhäuser								
Augenheilkunde	17	342	1,3	0,9	141	107 795	16 740	6,4
Chirurgie	92	8 087	30,5	21,0	194	2 451 159	207 804	11,8
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	78	3 065	11,5	8,0	1 050	897 049	114 743	7,8
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	61	924	3,5	2,4	579	269 329	41 357	6,5
Innere Medizin	92	9 382	35,3	24,4	320	3 082 291	237 953	13,0
Lungen- und Bronchialheilkunde	3	178	0,7	0,5	-	58 703	3 727	15,8
Kinderheilkunde	16	1 067	4,0	2,8	-	309 774	35 090	8,8
Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie	10	105	0,4	0,3	46	32 317	4 174	7,7
Neurochirurgie	5	167	0,6	0,4	7	55 419	4 706	11,8
Neurologie	11	683	2,6	1,8	-	230 794	11 333	20,4
Nuklearmedizin	4	21	0,1	0,1	2	5 454	923	5,9
Orthopädie	21	916	3,4	2,4	152	307 244	20 605	14,9
Strahlentherapie	7	156	0,6	0,4	-	44 700	3 999	11,2
Urologie	33	1 083	4,1	2,8	372	339 775	36 249	9,4
Psychiatrie	3	275	1,0	0,7	-	94 135	2 794	33,7
Sonstige Fachabteilungen	16	282	1,1	0,7	-	87 283	9 406	9,3
Zusammen	466	26 555	100,0	68,9	2 863	8 314 518	683 660	12,2
Psychiatrische Krankenhäuser								
Neurologie	4	188	8,6	0,5	-	56 196	2 200	25,5
Psychiatrie einschl. Kinder- und Jugendpsychiatrie	9	1 991	91,4	5,2	-	637 367	16 294	39,1
Suchtkrankheiten	3	124	5,7	0,3	-	42 233	2 881	14,7
zusammen	13	2 179	100,0	5,7	-	693 563	18 083	38,4
Insgesamt ¹⁾	479	28 734	-	74,6	2 863	9 008 081	701 743	12,8

1) Ohne Bundeswehrkrankenhaus und Tagesklinik.

durchschnittlich 87,1 % (1990) über 86,6 % (1991) auf 85,5 % im Jahre 1992. Die öffentlichen Krankenhäuser verzeichneten mit 84,3 % im Jahre 1992 eine etwas geringere Auslastung ihrer Bettenkapazität als die freigemeinnützigen (86,1 %) und die privaten Häuser (88,8 %). Die Untergliederung nach Bettengrößenklassen ergibt mit 70,4 % den geringsten Nutzungsgrad für die kleinen Kliniken bis 50 Betten. Die beste Auslastung weisen die Häuser mit 50 bis 100 Betten (89,5 %) auf, gefolgt von denjenigen mit 250 bis 300 Betten (88,8 %).

Verweildauer in psychiatrischen Krankenhäusern dreimal so hoch wie in Allgemeinkrankenhäusern

Auch bei den psychiatrischen Krankenanstalten läßt sich ein – wenn auch nur geringfügiger – Anstieg der Zahl der vollstationär behandelten Patienten feststellen, und zwar von 17 590 (1990) auf 18 080 (1992). Im gleichen Zeitraum ging die Anzahl der Pfl egetage von 752 090 auf 693 560 im Jahre 1992 zurück, bei gleichzeitiger Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer von 42,8 über 42,5 auf 38,4 Tage. Damit war die mittlere Verweildauer in den psychiatrischen Krankenhäusern gut dreimal so hoch wie in den Allgemeinkrankenhäusern, was sich aus der unterschiedlichen Krankheitsstruktur der Patienten erklärt.

Die durchschnittliche Bettenauslastung der psychiatrischen Kliniken war 1992 mit 87 % niedriger als 1990 (89,8 %) und 1991 (90,4 %), sie war aber geringfügig besser als die der allgemeinen Häuser.

Gut ein Drittel aller Betten stand in Abteilungen für Innere Medizin

Die ganz überwiegende Zahl der allgemeinen Krankenhäuser verfügt über mehrere Fachabteilungen. Im rechnerischen Durchschnitt gab es 1992 je Einrichtung 4,4 Abteilungen. 17 der insgesamt 106 Häuser konzentrierten sich jedoch auf nur ein einziges Fachgebiet. Am häufigsten waren die Bereiche Innere Medizin sowie Chirurgie abgedeckt, denn jeweils 92 aller Allgemeinhäuser – das waren rund 87 % – verfügten über entsprechende Fachrichtungen. Dabei entfielen von der Gesamtzahl der 26 555 aufgestellten Betten gut ein Drittel (35,3 %) auf die Innere Medizin und 30,5 % auf die Chirurgie. In 78 oder annähernd drei Viertel (73,6 %) der Krankenhäuser gab es eine Abteilung für Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Hier standen jedoch nur knapp 12 % aller Betten. Die in 61 (58 %) Einrichtungen vorhandenen Hals-, Nasen-, Ohren-Abteilungen vereinigten 924 bzw. 3,5 % des Bettenangebots auf sich, weniger als die Urologie mit 4,1 % der Betten in 33 (31,1 %) Kliniken.

Je 10 000 Einwohner gab es in den allgemeinen Krankenhäusern 24,4 internistische Betten, 21 Betten für chirurgische Patienten, 8 für Patientinnen im Bereich Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie 2,8 urologische Betten.

Die Belegbetten sind in den einzelnen Fachdisziplinen von unterschiedlicher Bedeutung. Von den insgesamt 2 863 Belegbetten waren mit 1 050 die relativ meisten (36,7 %) im Fachbereich Frauenheilkunde und

Geburtshilfe aufgestellt, was einem guten Drittel aller in diesem Bereich vorgehaltenen 3 065 Betten entspricht. Am relativ stärksten ausgeprägt ist das Belegarztwesen bei der Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde, denn hier handelte es sich bei 63 % der 924 aufgestellten Betten um Belegbetten. Jeweils über zwei Fünftel der Bettenkapazität der Fachabteilungen Augenheilkunde sowie Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie waren ebenfalls Belegbetten.

Verweildauer in der Chirurgie etwas kürzer als in der Inneren Medizin

Angesichts der Höhe ihres Bettenangebots ist es nicht überraschend, daß die Abteilungen Innere Medizin und Chirurgie die höchste Zahl an vollstationär behandelten Patienten ausgewiesen wird. Im Jahre 1992 wurden in den Inneren Abteilungen 237 950 Patienten mit zusammen knapp 3,1 Millionen Pfl egetagen gezählt. Daraus errechnet sich eine durchschnittliche Verweildauer von exakt 13 Tagen. Der Mittelwert aller Fachabteilungen lag bei 12,2 Tagen. Für die Chirurgie wurden 207 800 vollstationäre Fälle mit zusammen 2,5 Millionen Pfl egetagen ermittelt, wobei hier die mittlere Verweildauer mit 11,8 Tagen um 1,2 Tage kürzer war als im internistischen Bereich. Die drittgrößte Fallzahl (114 740) wurde für die Frauenheilkunde und Geburtshilfe ermittelt. Die Verweildauer lag hier bei durchschnittlich 7,8 Tagen. Vergleichsweise lange (14,9 Tage) dauerte der Aufenthalt in den Abteilungen für Orthopädie.

Längste Verweildauer in den Abteilungen für Psychiatrie

Einige allgemeine Krankenhäuser halten auch eine Fachabteilung Psychiatrie und/oder eine neurologische Abteilung vor. Für die 3 Allgemeinhäuser mit einer Abteilung Psychiatrie errechnet sich eine mittlere Verweildauer von 33,7 Tagen, für die 11 Häuser mit einer Abteilung Neurologie eine solche von 20,4 Tagen.

In den acht Krankenhäusern mit Betten für ausschließlich psychiatrische oder psychiatrische und neurologische Patienten war die Verweildauer im Schnitt länger als in den allgemeinen Kliniken. So betrug die mittlere Aufenthaltsdauer dort in der Neurologie 25,5 Tage und in den Abteilungen für Psychiatrie (einschließlich Kinder- und Jugendpsychiatrie) 39,1 Tage.

Leichter Personalanstieg gegenüber 1991

Durch die Krankenhausstatistik wird der Personalbestand zum 31. Dezember des jeweiligen Berichtsjahres (Kopfzahl) festgestellt. Für die wichtigsten Eckdaten erfolgt darüber hinaus eine Umrechnung der Kopfzahlen auf Vollkräfte im Jahresdurchschnitt. Die Umrechnung bezieht sich auf Teilzeitkräfte sowie solche Mitarbeiter, die nicht im gesamten Berichtsjahr tätig waren. Bei allen Personalangaben bleibt das Bundeswehrkrankenhaus unberücksichtigt.

Im Durchschnitt des Jahres 1992 waren in den 115 in die Betrachtung einbezogenen Krankenhäusern rechnerisch insgesamt 36 643 Vollkräfte beschäftigt. Bei 3 914 oder knapp 11 % von ihnen handelte es sich um ärztliches, bei 32 729 um nichtärztliches Personal. Die Angaben über das ärztliche Personal beziehen sich auf die hauptamtlich Beschäftigten. Belegärzte bleiben hier also außer Betracht. Das gleiche gilt auch für die Ärzte im Praktikum. Gegenüber 1991 (3 728) – für 1990 erfolgte keine Personalstandserhebung – hat sich die Zahl der auf Vollkräfte umgerechneten Ärzte um 5 % erhöht. Im Durchschnitt war 1992 eine ärztliche Vollkraft für 6,3 (belegte) Betten verantwortlich (1991: 6,8). Dieser Wert belief sich im Schnitt der allgemeinen Häuser auf 6,1 (1991: 6,5), bei den psychiatrischen Einrichtungen dagegen auf 11 (1991: 13,2) Betten.

Innerhalb des nichtärztlichen Krankenhauspersonals sind die Pflegekräfte die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Zu ihnen gehören neben den Krankenschwestern/-pflegern auch die Krankenpflegehelfer/-innen, Kinderkrankenschwestern/-pfleger sowie sonstige Pflegepersonen ohne staatliche Prüfung. Von 1991 auf 1992 erhöhte sich deren auf Vollkräfte umgerechnete Anzahl um 5,5 % auf 14 366. Damit war eine pflegerische Vollkraft für durchschnittlich 1,7 (1991: 1,8) belegte Betten zuständig. In den psychiatrischen Kliniken war dieser Belastungsquotient mit 1,5 (1991: 1,7) Betten je Pflegekraft günstiger als in den allgemeinen Krankenhäusern (1,7; 1991: 1,9 Betten).

Knapp die Hälfte des ärztlichen Personals hatte abgeschlossene Weiterbildung

Die nachfolgenden Ausführungen über die Personal-ausstattung der Krankenhäuser beziehen sich auf die

Kopfzahl der Beschäftigten am 31. Dezember 1992. Zu diesem Zeitpunkt standen insgesamt 43 796 Mitarbeiter in den Diensten der hier betrachteten 115 Einrichtungen. Mehr als drei Viertel von ihnen waren Frauen.

Eine entgegengesetzte Geschlechterrelation zeigt sich beim ärztlichen Personal. Annähernd 73 % der 3 945 hauptamtlich tätigen Ärzte waren Männer. Die Teilzeitarbeit spielt im ärztlichen Bereich eine untergeordnete Rolle, denn nur 4 % aller ärztlichen Krankenhaus-Mitarbeiter waren nicht als Vollkräfte eingesetzt.

Neben den hauptamtlichen Ärzten waren in den Kliniken noch 347 Belegärzte einschließlich der von ihnen angestellten ärztlichen Kräfte tätig. Außerdem gab es im Krankenhausbereich noch insgesamt 491 Ärzte im Praktikum (AiP) sowie 62 Zahnärzte.

Unter den 3 945 hauptamtlichen Krankenhausärzten waren 1 807 und damit annähernd 46 %, die über eine abgeschlossene Weiterbildung verfügten und demgemäß berechtigt waren, eine Fachgebietsbezeichnung zu führen. In einer Weiterbildung hierzu befanden sich 2 102 Assistenzärzte, das sind gut 53 % des ärztlichen Personals. 36 Ärzte (1 %) besaßen weder eine Fachgebietsbezeichnung noch hatten sie eine Weiterbildung begonnen.

Die Aufgliederung der hauptamtlichen Ärzte nach ihrer Fachgebietsbezeichnung bzw. der Fachrichtung der Abteilung, in der sie ihre Weiterbildung absolvieren, ergibt folgendes Bild: 993 oder rund ein Viertel von ihnen waren der Inneren Medizin zuzuordnen, gefolgt von den Gebieten Chirurgie mit 813 (21 %) und Anästhesiologie mit 669 (17 %) Ärzten. Eine etwas andere Reihenfolge zeigt sich, wenn man ausschließlich die Ärzte mit abgeschlossener Weiterbildung, also mit einer

Ärztliches Personal der Krankenhäuser am 31. Dezember 1992
nach Gebietsbezeichnungen, Stand der Weiterbildung und Geschlecht

Ärztliches Personal	Hauptamtliche Ärzte				Belegärzte
	zusammen	männlich	weiblich	darunter mit abgeschl. Weiterbildung	
Ärzte mit abgeschlossener bzw. begonnener Weiterbildung für					
Anästhesiologie	669	401	268	408	11
Augenheilkunde	40	33	7	16	30
Chirurgie	813	696	117	386	16
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	257	153	104	126	114
Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	65	49	16	28	78
Innere Medizin	993	768	225	380	25
Kinderheilkunde	178	107	71	80	-
Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie	15	14	1	5	12
Neurologie	102	70	32	42	-
Orthopädie	81	77	4	35	21
Psychiatrie einschl. Kinder- und Jugendpsychiatrie	218	113	105	82	-
Radiologische Diagnostik	172	126	46	85	-
Urologie	92	82	10	40	37
übrige Fachrichtungen	214	151	63	94	3
Ärzte ohne Weiterbildung	36	19	17	-	-
Insgesamt	3 945	2 859	1 086	1 807	347

Krankenhäuser, deren Betten und Personal 1992 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Krankenhäuser insgesamt			Allgemeine Krankenhäuser					
	Anzahl	aufge- stellte Betten	Plan- betten	Anzahl	Aufgestellte Betten		Hauptamtl. Ärzte	Beleg- ärzte	Pflege- personal
					Anzahl	je 10000 Einwohner			
							am 31. 12.		
Kreisfreie Stadt Koblenz	5	1 849	1 643	4	1 674	152,8	247	10	1 022
Landkreise									
Ahrweiler	10	1 056	899	9	921	77,1	103	10	493
Altenkirchen (Ww.)	3	709	709	3	709	54,6	75	12	414
Bad Kreuznach	6	1 108	1 108	6	1 108	73,0	120	18	595
Birkenfeld	3	678	678	3	678	76,7	90	8	395
Cochem-Zell	3	469	370	3	469	73,6	53	6	198
Mayen-Koblenz	6	1 373	1 373	4	863	43,7	103	7	493
Neuwied	7	1 598	1 611	5	1 454	86,5	171	17	877
Rhein-Hunsrück-Kreis	3	684	684	3	684	69,9	72	12	403
Rhein-Lahn-Kreis	8	1 145	803	7	1 080	87,5	83	40	517
Westerwaldkreis	3	694	694	3	694	37,6	64	17	365
Regierungsbezirk Koblenz	57	11 363	10 572	50	10 334	72,1	1 181	157	5 772
Kreisfreie Stadt Trier	5	1 780	1 780	5	1 780	180,0	309	21	1 336
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	3	700	700	3	700	63,6	68	15	447
Bitburg-Prüm	3	548	548	3	548	59,1	48	8	368
Daun	2	403	403	2	403	66,8	39	10	224
Trier-Saarburg	2	477	477	2	477	36,7	43	9	257
Regierungsbezirk Trier	15	3 908	3 908	15	3 908	79,4	507	63	2 632
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	1	325	325	1	325	68,5	52	2	175
Kaiserslautern	3	963	880	3	963	95,3	187	21	670
Landau i. d. Pfalz	2	630	630	2	630	163,9	78	8	376
Ludwigshafen a. Rhein	4	2 074	1 737	4	2 074	124,4	348	7	1 255
Mainz	6	2 638	2 698	6	2 638	143,7	757	10	2 089
Neustadt a.d. Weinstraße	1	400	400	1	400	75,3	54	2	258
Pirmasens	2	427	427	2	427	89,0	50	8	255
Speyer	3	702	702	3	702	146,3	85	7	493
Worms	2	757	757	2	757	97,3	90	12	457
Zweibrücken	2	564	564	2	564	161,2	59	10	331
Landkreise									
Alzey-Worms	2	623	623	1	188	17,2	18	4	81
Bad Dürkheim	2	442	442	2	442	34,8	46	3	233
Donnersbergkreis	2	274	274	2	274	37,9	28	3	118
Germersheim	2	416	416	2	416	36,8	56	2	268
Kaiserslautern	1	400	400	1	400	38,4	57	-	194
Kusel	1	270	270	1	270	34,6	27	2	125
Südliche Weinstraße	4	1 145	1 145	2	255	24,6	21	8	109
Ludwigshafen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mainz-Bingen	2	296	296	2	296	16,6	23	11	216
Pirmasens	2	292	292	2	292	28,3	31	7	145
Regierungsbezirk Rheinessen-Pfalz	44	13 638	13 278	41	12 313	63,9	2 067	127	7 848
Rheinland-Pfalz	116	28 909	27 758	106	26 555	68,9	3 755	347	16 252
Kreisfreie Städte	36	13 109	12 543	35	12 934	128,4	2 316	118	8 717
Landkreise	80	15 800	15 215	71	13 621	47,9	1 439	229	7 535

Gebietsbezeichnung, betrachtet. Hier bilden die Anästhesisten mit einer Zahl von 408 (23 %) die größte Gruppe. Es folgen die 386 Chirurgen und 380 Internisten mit Anteilen von jeweils 21 %.

Anteil der Ärztinnen in den einzelnen Fachgebieten sehr unterschiedlich

Der Anteil der Frauen an den hauptamtlich tätigen Krankenhausärzten, der im Gesamtdurchschnitt 27,5 % erreichte, schwankt in den einzelnen Fachgebieten zum Teil erheblich. Die höchste Quote an Ärztinnen errechnet sich im Bereich Psychiatrie mit gut 48 %. Aber auch bei der Anästhesiologie, der Frauenheilkunde einschließlich Geburtshilfe und der Kinderheilkunde liegt der Anteil der Frauen mit jeweils rund 40 % deutlich über dem Durchschnittswert. Eine zahlenmäßig geringere Rolle spielen die Ärztinnen in der Orthopädie (5 %), der Urologie (11 %) und der Chirurgie, wo nur rund jeder siebte Arzt eine Frau war.

Die größte Gruppe unter den Belegärzten waren die Fachärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe mit 114 oder rund einem Drittel aller Belegärzte. Weiterhin wurden u. a. 78 (23 %) Hals-, Nasen-, Ohrenärzte, 37 (11 %) Urologen sowie 30 (9 %) Ärzte für Augenheilkunde gezählt.

Vier Fünftel des nichtärztlichen Personals waren Frauen

Ende 1992 waren in den Krankenhäusern insgesamt 39 851 nichtärztliche Mitarbeiter beschäftigt. Über vier

Fünftel (82 %) waren Frauen. Die größte Gruppe bildete mit einem Anteil von annähernd 45 % das Pflegepersonal, das 17 751 Personen umfaßte, darunter 13 688 Krankenschwestern bzw. -pfleger. Weitere knapp 15 % entfielen auf den medizinisch-technischen Dienst. Drittgrößte Gruppe war das Wirtschafts- und Versorgungspersonal, zu dem z. B. die in den Küchen und Wäschereien Beschäftigten zählen, mit einem Anteil von annähernd 12 %. Etwa jede zehnte Kraft war dem Funktionsdienst zuzurechnen. Hierunter fällt u. a. das Personal im Operationsdienst, in der Funktionsdiagnostik, der Ambulanz, der Endoskopie sowie die Hebammen und Entbindungspfleger. Erwähnt seien schließlich noch die Verwaltungsangestellten, die mit 2 745 Beschäftigten knapp 7 % des nichtärztlichen Personals ausmachten.

Ein Drittel des Pflegepersonals war teilzeitbeschäftigt

Im Gegensatz zur Situation bei den Krankenhausärzten (4 %) ist die Teilzeitarbeit bei den nichtärztlichen Mitarbeitern (32 %) der Krankenhäuser weit stärker verbreitet. Im Pflegebereich war rund jeder dritte Beschäftigte eine Teilzeitkraft, beim medizinisch-technischen Dienst zeigt sich die gleiche Relation. Dagegen lag der Anteil der nicht vollzeitbeschäftigten Mitarbeiter im Funktionsdienst (24 %) sowie in der Verwaltung (29 %) unter dem Durchschnitt.

In den vorstehenden Personaldaten sind die Auszubildenden sowie Schülerinnen und Schüler des Krankenhaussektors nicht enthalten. Ihre Gesamtzahl belief sich 1992 auf 4 500, darunter 4 200, die sich auf einen Pflegeberuf vorbereiteten. Dazu kam noch das Personal

Nichtärztliches Personal der Krankenhäuser 1992 nach Berufsgruppen, Geschlecht und Beschäftigungsstatus

Berufsgruppe	Beschäftigte am 31. Dezember 1992				Vollkräfte im Jahresdurchschnitt
	zusammen	männlich	weiblich	darunter teilzeitbeschäftigt	
Nichtärztliches Personal insgesamt	39 851	7 219	32 632	12 701	32 729
darunter					
Pflegepersonal	17 751	2 049	15 702	5 942	14 366
Krankenschwestern/-pfleger	13 688	1 646	12 042	4 231	.
Krankenpflegehelfer/-innen	1 224	173	1 051	398	.
Kinderkrankenschwestern/-pfleger	1 734	9	1 725	688	.
sonstiges Pflegepersonal	1 105	221	884	625	.
Medizinisch-technisches Personal	5 770	630	5 140	1 882	4 731
med.-techn. Assistenten/-innen	569	26	543	32	.
med.-techn. Radiologieassistenten/-innen	479	33	446	107	.
med.-techn. Laboratoriumsassistenten/-innen	621	27	594	173	.
Krankengymnasten/-innen	434	63	371	105	.
Masseure/-innen und medizinische Bademeister/-innen	376	191	185	54	.
Funktionspersonal	3 945	976	2 969	956	3 284
Personal im Operationsdienst	1 310	351	959	261	.
Hebammen und Entbindungspfleger	449	-	449	158	.
Klinisches Hauspersonal	2 359	31	2 328	1 382	1 769
Wirtschafts- und Versorgungspersonal	4 701	1 023	3 678	1 480	4 008
Technisches Personal	895	868	27	28	828
Verwaltungspersonal	2 745	958	1 787	793	2 304

in den Ausbildungsstätten der Krankenhäuser, welches 349 Personen umfaßte.

Höchste Bettendichte in der Stadt Trier

Von den 116 in die Statistik einbezogenen Krankenhäusern befanden sich 57 im Regierungsbezirk Koblenz, 15 in Trier und 44 in Rheinhessen-Pfalz. Bei den Kliniken im Regierungsbezirk Trier handelte es sich ausnahmslos um allgemeine Krankenhäuser. Im Landkreis Ludwigshafen ist als einzigem Verwaltungsbezirk auf Kreisebene kein Krankenhaus angesiedelt.

Je 10 000 Einwohner wurden im Landesdurchschnitt in den allgemeinen Krankenhäusern 68,9 Betten vorgehalten. Von diesem Durchschnittswert gab es in den einzelnen Verwaltungsbezirken zum Teil beträchtliche Abweichungen. Jedoch können einwohnerbezogene Angaben über die Bettendichte bei kleinräumlicher Gliederung nur sehr grobe Anhaltspunkte über die Versorgung der Bevölkerung liefern, weil sich die Patienteneinzugsbereiche der einzelnen Krankenhäuser nur sehr bedingt mit den jeweiligen Kreisgrenzen decken. So versorgen die überwiegend in den kreisfreien Städten vorhandenen größeren Kliniken – wie insbesondere die Schwerpunktkrankenhäuser und die Krankenhäu-

ser der Regelversorgung – auch Patienten aus den Umlandgemeinden der Landkreise. Dieser Tatbestand spiegelt sich darin wider, daß sich im Durchschnitt aller kreisfreien Städte eine Dichteziffer von 128,4 Betten je 10 000 Einwohner errechnet, gegenüber einem Vergleichswert der Landkreise von 47,9 Betten. Zum Teil geht der Einzugsbereich großer Kliniken, wie des Universitäts-Klinikums, noch über den Umlandbereich hinaus.

Außerdem gibt es, insbesondere in den grenznahen Gebieten, auch Patientenbewegungen über die Landesgrenze, und zwar in beiden Richtungen. Näheren Aufschluß über die regionale Orientierung der stationär Behandelten wird die Patienten-Einzugsgebietestatistik liefern, die im Teil II der neuen Krankenhausstatistik erstmals für das Berichtsjahr 1993 durchgeführt wird.

Unter Berücksichtigung der erwähnten Einschränkungen ist festzustellen, daß die kreisfreie Stadt Trier mit 180 Betten je 10 000 Einwohner die höchste Bettendichte aufweist. Es folgen die kreisfreien Städte Landau i. d. Pfalz (164), Zweibrücken (161), Speyer (146) und Mainz (144). Bei Einbeziehung der 175 für Zivilpatienten zur Verfügung stehenden Betten des Bundeswehrzentralkrankenhauses erhöht sich das Bettenangebot in Koblenz auf 169 je 10 000 Einwohner.

Diplom-Kaufmann Klaus-Jochen Hesse

Gartenbauerhebung 1994

Gartenbaubetriebe unterscheiden sich sowohl im organisatorisch-technischen Bereich als auch in ihrer ökonomischen Struktur vielfach ganz erheblich von landwirtschaftlichen Betrieben. Bei größerer Arbeits- und Kapitalintensität erzielen sie oftmals selbst bei geringer Flächenausstattung eine hohe Wertschöpfung. Zusätzlich erbringen viele Betriebe neben der Produktion von Gartengewächsen auch Handels- und Dienstleistungen wie Garten- und Landschaftsbau oder Friedhofsgärtnerei.

Im Gartenbau gab es 1982, dem Jahr der letzten Strukturhebung, in den alten Bundesländern etwa 67 000 Betriebe. Insgesamt wirtschafteten zu diesem Zeitpunkt gut 800 000 Betriebe in der Landwirtschaft einschl. Garten- und Weinbau. Obwohl damit eine vergleichsweise geringe Zahl von Betrieben Obst, Gemüse, Blumen- und Zierpflanzen oder Baumschulgewächse erzeugen, waren diese Produkte im Wirtschaftsjahr 1991/92 mit einem Drittel am Produktionswert der gesamten pflanzlichen Erzeugung beteiligt.

Gartenbauerhebung schließt Informationslücke

Umfangreiche Daten über die betrieblichen Verhältnisse im Gartenbau liefern die speziellen Gartenbauerhebungen im Rahmen der etwa alle 10 Jahre stattfindenden Landwirtschaftszählungen. Die letzte Erhebung

dieser Art erfolgte 1982, so daß die Daten als Grundlage für aktuelle Entscheidungen und Planungen kaum noch geeignet sein dürften. Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1991 ist deshalb für das erste Halbjahr 1994 wieder eine Gartenbauerhebung vorgesehen. Rechtsgrundlage hierfür ist das Gesetz über Agrarstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1992 (BGBl. I S.1632). Die Erhebung richtet sich an Betriebe, die Gartengewächse zum Verkauf anbauen mit einer gärtnerischen Nutzfläche von 15 Ar und mehr oder mit gärtnerischen Nutzflächen unter Glas oder Kunststoff.

Erste Ergebnisse sind für Ende 1994 zu erwarten. Damit werden nach zwölf Jahren wieder aktuelle, detaillierte und regional tiefgegliederte Daten über die Produktionsverhältnisse und die Strukturen im Gartenbau für die Arbeit der Ministerien, Berufsverbände und für die Beratung vorliegen. Mit diesen Daten wird auch die Entwicklung seit der letzten Gartenbauerhebung 1982 aufgezeigt werden können sowie eine Prognose der zukünftigen Entwicklung möglich.

In Rheinland-Pfalz erfolgt die Gartenbauerhebung im Januar und Februar, einer für die Betriebe arbeitsarmen Zeit. Damit dürfte den Betriebsleitern und Betriebsleiterinnen durch eine aktive Mitwirkung bei der Erhebung die Schaffung einer guten fachlichen Grundlage für eine sachgerechte Arbeit in Politik, Verwaltung und Beratung möglich sein.

Jedem Betrieb werden außer dem nach § 17 des Bundesstatistikgesetzes vorgeschriebenen Informationsblatt Erläuterungen zu den einzelnen Fragekomplexen im Erhebungsbogen zur Verfügung gestellt. Sie erleichtern die Beantwortung der Fragen. In den Hauptverbreitungsgebieten des Gartenbaues werden zusätzlich von den Gemeinden, die als Erhebungsstellen fungieren, besonders geschulte Beauftragte eingesetzt, die ebenfalls nähere Erläuterungen zu den einzelnen Fragen geben können und auf Wunsch beim Ausfüllen des Fragebogens helfen.

Bedeutung der Fragenkomplexe

Steht bei den laufenden Anbauerhebungen für Obst, Gemüse oder Zierpflanzen die Erzeugung im Vordergrund, liegt der Schwerpunkt der Gartenbauerhebung auf der Darstellung betrieblicher Zusammenhänge. Entsprechend umfangreich muß der Fragenkatalog gestaltet sein. Im Interesse der Vergleichbarkeit der Ergebnisse sind die Fragen weitgehend unverändert geblieben. Nur dort, wo neuen Entwicklungen Rechnung getragen werden mußte, ließen sich kleinere Änderungen nicht vermeiden. Die wichtigsten Fragenkomplexe der Gartenbauerhebung sollen im folgenden kurz vorgestellt werden. Die entsprechenden Fragen beziehen sich entweder auf die Verhältnisse im Kalenderjahr 1993 oder auf den Zeitpunkt der Erhebung.

- Produktionsgrundlagen und Betriebsgröße

Einen Schwerpunkt der Erhebung bildet die Erfassung der Produktionsgrundlagen in Form von Freilandflächen und Unterglasanlagen sowie deren Nutzung. Aus diesen Angaben wird die gärtnerische Nutzfläche errechnet, die das traditionelle Merkmal für die Darstellung der Betriebsgröße von Gartenbaubetrieben ist. Eine Gliederung nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche würde in diesem Fall ein

falsches Bild geben, da die Produktivität von gärtnerisch genutzten Flächen die von sonstigen landwirtschaftlich genutzten Flächen um ein Vielfaches übersteigen kann. Zur gärtnerischen Nutzfläche gehören die Gewächshaus- und Frühbeetflächen sowie die Freilandflächen mit Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulgewächsen und Gartenbausämereien. Weitere Fragen beziehen sich auf Alter und Beheizung der Gewächshäuser sowie Beregnungs- und Bewässerungsmöglichkeiten im Freiland.

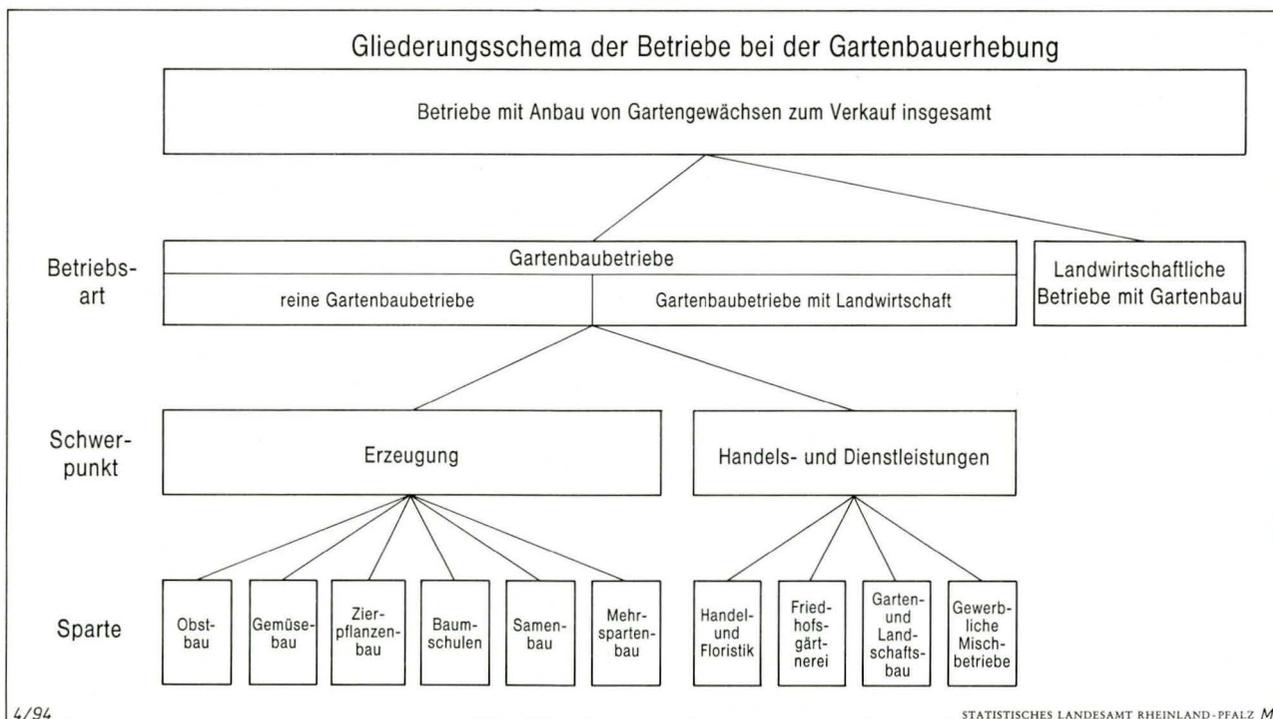
- Art des Betriebes

Die Feststellung des betrieblichen Schwerpunktes ermöglicht die Darstellung und den Vergleich ähnlich strukturierter Betriebe. Hierzu wird außer den produzierten Erzeugnissen auch ihr prozentualer Anteil an den Gesamteinnahmen des Betriebes herangezogen. An Hand dieser Angaben erfolgt dann die Unterscheidung der Betriebe nach der Betriebsart „Gartenbau“ einerseits und der Betriebsart „landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau“ andererseits. Die Gartenbaubetriebe werden weiter nach dem betrieblichen Schwerpunkt „Erzeugung“ oder „Handels- und Dienstleistungen“ gegliedert. Die Differenzierung der Gartenbaubetriebe nach Sparten bildet die unterste Stufe.

Neben dem Anbau von Gartenerzeugnissen werden zunehmend von den Betrieben auch Handels- und Dienstleistungen erbracht. Sie gilt es ebenfalls besonders darzustellen. Hierzu dienen Fragen nach einem entsprechenden Betriebsteil sowie nach einem neben dem Gartenbaubetrieb vorhandenen, aber rechtlich selbständigen Gewerbebetrieb mit gartenbaulichen Handels- und Dienstleistungen.

- Erwerbscharakter

Die außerbetrieblichen Einkommensquellen gewinnen auch für viele Gartenbaubetriebe, insbe-



sondere im Obst- und Gemüsebau, an Bedeutung. Ein Fragenkomplex beschäftigt sich deshalb mit dem Erwerbscharakter der Betriebe. Die Fragen ermöglichen dabei die Unterscheidung nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben, die im Hinblick auf die Beurteilung der künftigen strukturellen Entwicklung differenziert betrachtet werden müssen. Auch die Art der außerbetrieblichen Einkünfte wie etwa andere Erwerbstätigkeit oder Bewirtschaftung eines rechtlich selbständigen Gewerbebetriebes ist in diesem Zusammenhang von Interesse.

– **Arbeitskräfte**

Für viele Gartenbaubetriebe ist trotz weiter fortschreitender Mechanisierung der Einsatz von Aushilfskräften, etwa für die Erntearbeiten, nach wie vor unerlässlich. Aber auch der Einsatz im Handels- und Dienstleistungsbereich ist sehr arbeitsintensiv, so daß Fragen nach dem Arbeitskräfteeinsatz, gegliedert nach Arbeitskräftegruppen, berechtigt sind. Eine Auswertung der Betriebe nach Größenklassen des Arbeitskräftebestandes hilft darüber hinaus, insbesondere den Umfang der Handels- und Dienstleistungen beurteilen zu können.

– **Berufsbildung**

Zunehmender Wettbewerb und ständig steigende Anforderungen an eine Produktion, die die Umwelt möglichst wenig belastet, verlangen immer besser ausgebildete Betriebsleiter. Da sehr oft der Betriebsinhaber und dessen Ehegatte die Betriebsleitung gemeinsam wahrnehmen, wird die berufliche Ausbildung beider Personen erfragt. Es interessiert dabei ausschließlich eine gartenbaulich / landwirtschaftliche Ausbildung.

– **Vermarktung und Absatzwege**

Die Vermarktung der Produkte hat heute einen entscheidenden Einfluß auf das Betriebsergebnis. Sie verlangt aber auch eine bestimmte Betriebsorganisa-

tion. So müssen für den Direktabsatz mehr Arbeitskräfte eingesetzt werden als beim Verkauf über eine Erzeugerorganisation. Dieses muß natürlich bei der Interpretation des Arbeitskräftebestandes berücksichtigt werden. Daneben verlangt die zunehmende Konzentration auf der Abnehmerseite entsprechende Zusammenschlüsse der Erzeuger. Die Ergebnisse der Erhebung werden zeigen, inwieweit hier noch Handlungsbedarf besteht.

Tabellenprogramm in Anlehnung an das der Erhebung 1982

Die Ergebnisse der Gartenbauerhebung werden dem Konsumenten in Form umfangreicher Aufbereitungstabellen zur Verfügung gestellt. Grundlage hierfür bildet das Tabellenprogramm der Gartenbauerhebung 1982. Ein großer Teil davon wird, abgesehen von redaktionellen Änderungen, unverändert übernommen. Die übrigen Tabellen sind inhaltlich gestrafft worden.

Gegliedert sind die Tabellen nach Größenklassen der gärtnerischen Nutzfläche und, wo es sinnvoll erscheint, auch nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Wichtige Merkmale werden darüber hinaus nach Größenklassen des Arbeitskräftebestandes dargestellt. Dazu erfolgt eine Umrechnung der Arbeitskräfte auf Vollbeschäftigteneinheiten. Wichtige Merkmale werden zudem in einer Gliederung nach Schwerpunkten und Sparten nachgewiesen.

Dem Bedarf nach regionalen Daten wird durch eine zusammenfassende Darstellung für kreisfreie Städte und Landkreise Rechnung getragen. Je nach Bedeutung des Gartenbaues stehen auch Ergebnisse für Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden zur Verfügung.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991				1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November				
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit													
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 789	3 852	3 869	3 873	3 877		
Natürliche Bevölkerungsbewegung													
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 066	2 052	2 513	1 806	1 314	2 895 ^P	2 420 ^P	1 755 ^P	1 211 ^P	...		
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,4	7,9	5,5	4,1	8,7 ^P	7,6 ^P	5,3 ^P	3,8 ^P	...		
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 526	3 560	3 785	3 380	3 261	3 853 ^P		
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,2	11,1	11,9	10,3	10,2	11,6 ^P		
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 630	3 553	3 302	3 679	3 529	3 343 ^P		
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	11,0	10,4	11,2	11,1	10,1 ^P		
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	24	24	19	22	18 ^P		
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,8	6,6	6,6	5,3	6,5	4,8 ^P		
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 104	7	483	- 299	- 268	510 ^P		
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	0,0	1,5	- 0,9	- 0,8	1,5 ^P		
Wanderungen													
über die Landesgrenze													
* Zugezogene	Anzahl	11 775	12 290	14 202	13 539	11 999		
* Fortgezogene	Anzahl	6 862	7 320	8 550	9 204	7 391		
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 913	4 970	5 652	4 335	4 608		
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	11 122	12 173	12 767	13 324	12 558		
Arbeitsmarkt													
* Arbeitslose	Anzahl	82 334	88 985	87 150	89 686	93 646	120 624	118 764	122 684	126 450	...		
* Männer	Anzahl	41 970	47 150	45 184	47 006	49 693	66 345	65 525	68 283	70 905	...		
Ausgewählte Berufsgruppen													
Bauberufe													
* Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 231	4 761	4 155	.	.	.	5 512	.	.	.		
* Arbeitslosenquote	%	5,4	5,7	5,6	5,7	6,0	7,6	7,5	7,8	8,0	...		
Offene Stellen													
* Ausgewählte Berufsgruppen	Anzahl	17 425	20 320	25 466	18 701	14 974	26 559	22 077	14 699	13 572	...		
Bauberufe													
* Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	1 187	1 409	1 775	.	.	.	1 467	.	.	.		
* Kurzarbeiter	Anzahl	5 510	5 419	5 785	.	.	.	4 546	.	.	.		
Männer													
* Männer	Anzahl	6 764	13 123	10 119	16 174	21 366	13 917	24 436	35 269	34 649	...		
* Männer	Anzahl	5 086	9 875	7 821	12 712	16 669	11 313	19 882	29 671	28 981	...		
Landwirtschaft													
Schlachtmengen⁶⁾													
* Rinder	t	15 374	14 269	13 840	14 953	15 926	12 878	13 577	14 198	15 287	...		
* Kälber	t	5 727	4 755	4 687	5 061	5 385	3 466	4 027	4 125	4 669	...		
* Schweine	t	43	33	29	31	33	21	29	30	35	...		
* Schweine	t	9 464	9 354	8 998	9 717	10 366	9 307	9 418	9 916	10 456	...		
Milch													
* Milchzeugung	1000 t	66	65	62	62	57	68	62	62	58	...		
* an Molkereien geliefert	%	94,6	95,0	94,7	94,6	94,2	95,4	95,1	95,0	94,7	...		
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾													
* Betriebe	Anzahl	2 666	2 678	2 668	2 670	2 661	2 582	2 586	2 583	2 579	...		
* Beschäftigte	1000	394	385	385	380	379	355	354	350	348	...		
* Arbeiter ⁸⁾	1000	268	258	257	254	252	234	233	229	228	...		
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 271	33 985	34 580	35 261	34 088	28 115	30 785	30 333	30 380	...		
* Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 725	1 785	1 713	1 702	2 149	1 631	1 647	1 604	2 013	...		
* Löhne	Mill. DM	980	997	971	965	1 197	912	913	888	1 105	...		
* Gehälter	Mill. DM	745	788	742	737	951	719	734	716	908	...		
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 110	8 877	9 003	9 010	8 482	7 649	8 688	8 470	8 367	...		
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 052	2 978	3 005	2 917	2 780	2 459	2 896	2 798	2 823	...		
* Exportquote ⁹⁾	%	33,5	33,6	33,4	32,4	32,8	32,1	33,3	33,0	33,7	...		

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000 t SKE	252	271	213	.	.	.	219	.	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	725	807	741	.	.	.	660	.	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	133	126	94	.	.	.	79	.	.
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	60	50	33	.	.	.	30	.	.
* schweres Heizöl	1 000 t	73	76	61	.	.	.	48	.	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 135	1 125	1 098	1 117	1 113	1 036	1 035	1 076	1 108
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	230	201	234	238	189	233	261	285
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	118	116	122	119	114	98	112	111	112
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	117	116	115	115	112	108	109	113	114
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	113	124	144	142	127	126	137	133	114
Chemische Industrie	1985 = 100	119	118	114	115	114	111	110	117	119
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	104	119	110	103	76	106	96	96
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	103	100	128	107	100	72	115	99	93
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	86	91	90	82	57	71	68	72
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	128	123	130	130	124	104	121	117	120
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	61	54	61	53	51	52	56	41	44
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	155	157	166	169	166	143	150	166	173
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	425	384	297	435	506	337	384
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	3 302	2 874	2 893	2 993	2 950	2 731	3 122
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 715	1 231	1 320	1 340	1 229	1 249	1 641
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 981	2 004	1 853	2 060	2 197	1 797	1 842
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	446	457	335	502	537	295	356	523	...
Handwerk⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	87	87	.	.	.	86	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	184	195	200	.	.	.	188	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 200	61 356	62 364	61 971	61 895	61 743	60 908	60 230	59 709
Facharbeiter	Anzahl	31 347	30 284	30 087	30 017	29 843	28 961	28 613	28 473	28 268
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 528	16 490	17 355	17 024	17 177	17 399	16 885	16 701	16 399
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 670	6 803	7 738	7 839	7 133	6 822	7 510	7 138	6 310
Privater Bau	1 000	4 309	4 497	5 091	5 154	4 738	4 621	5 005	4 708	4 267
* Wohnungsbau	1 000	2 431	2 653	3 005	3 102	2 926	2 740	3 028	2 848	2 593
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	23	17	13	13	16	31	19	23	21
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 855	1 827	2 073	2 039	1 796	1 850	1 958	1 837	1 653
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 361	2 305	2 647	2 685	2 395	2 201	2 505	2 430	2 043
Hochbau	1 000	510	433	461	471	449	418	475	433	415
Tiefbau	1 000	1 851	1 872	2 186	2 214	1 946	1 783	2 030	1 997	1 628
Straßenbau	1 000	953	981	1 175	1 192	1 005	981	1 087	1 095	876
Löhne und Gehälter	Mill. DM	225	242	246	246	343	254	247	242	360
* Löhne	Mill. DM	182	194	199	198	273	205	199	192	286
* Gehälter	Mill. DM	43	48	47	48	69	49	48	50	74
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	715	809	898	876	935	757	870	876	877

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. - 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. - 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	896	949	996	967	721	1 102	1 091	1 052	946
* mit 1 Wohnung	Anzahl	616	607	611	624	427	675	652	605	517
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	155	203	235	202	163	230	218	245	207
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	122	139	150	141	131	197	221	202	222
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 045	1 160	1 238	1 160	953	1 276	1 304	1 312	1 227
* Wohnfläche	1 000 m ²	182	203	218	201	171	227	234	236	224
Wohnräume	Anzahl	8 524	9 327	10 018	9 292	7 882	10 490	10 808	10 990	10 391
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	371	437	471	446	365	504	521	531	509
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	4	4	5	4	4	3	4	3
Unternehmen	Anzahl	162	128	148	142	113	122	136	117	103
Private Haushalte	Anzahl	731	816	844	820	604	976	952	931	840
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	174	172	168	220	166	154	167	188	164
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 005	987	731	1 315	868	598	757	1 295	622
* Nutzfläche	1 000 m ²	159	154	115	213	132	105	115	188	114
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	209	216	177	265	173	158	143	343	167
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	19	26	36	44	23	22	34	37	32
Unternehmen	Anzahl	139	138	128	175	139	128	127	145	126
Private Haushalte	Anzahl	8	8	4	1	4	4	6	6	6
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	2 439	2 752	2 459	2 120	2 737	2 724	3 059	2 737
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 966	2 952	2 929	3 259	2 804
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 628	1 646	1 672	1 762	1 550
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	225	250	251	260	225
Dänemark	Mill. DM	49	50	57	61	49
Frankreich	Mill. DM	432	418	430	471	421
Griechenland	Mill. DM	28	31	29	41	27
Großbritannien	Mill. DM	273	270	260	309	242
Irland	Mill. DM	11	12	12	15	12
Italien	Mill. DM	258	257	282	256	239
Niederlande	Mill. DM	211	217	230	218	193
Spanien	Mill. DM	117	114	97	96	114
Portugal	Mill. DM	26	26	24	36	27
USA und Kanada	Mill. DM	195	196	169	201	200
Japan	Mill. DM	69	63	63	65	62
Entwicklungsländer	Mill. DM	408	394	404	488	345
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	110	104	93	122	112
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 341	2 262	2 190	2 241	2 146
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 341	1 289	1 218	1 279	1 239
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	303	290	254	297	263
Dänemark	Mill. DM	45	46	49	39	51
Frankreich	Mill. DM	313	300	292	307	321
Griechenland	Mill. DM	8	7	5	4	5
Großbritannien	Mill. DM	107	108	107	107	98
Irland	Mill. DM	13	12	5	15	9
Italien	Mill. DM	203	190	157	202	189
Niederlande	Mill. DM	230	213	249	177	186
Spanien	Mill. DM	98	103	81	108	103
Portugal	Mill. DM	20	21	19	22	16
USA und Kanada	Mill. DM	162	175	129	172	149
Japan	Mill. DM	132	120	114	94	110
Entwicklungsländer	Mill. DM	312	286	280	274	248
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	99	64	70	73	60

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102,7	99,7	100,0	100,1	100,3	99,4	99,1	99,2	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,0	127,0	122,7	133,2	133,9	114,2	122,2	126,4	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,0	111,3	111,1	111,1	110,8	111,5	111,0
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	132,0	128,8	133,3	130,0	123,6	120,0	133,6
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	92,5	93,0	97,6	98,6	91,8	97,3	97,2	95,7	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,8	94,9	100,6	103,8	95,6	102,0	99,9	98,8	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	110,2	115,5	138,5	138,0	103,9	132,1	136,3	135,6	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	116,3	122,4	162,9	160,5	106,2	146,0	160,5	153,1	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	106,1	110,7	121,7	122,6	101,5	122,5	118,9	122,9	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	521	525	793	804	407	620	683	777	...
* Ausländer	1 000	120	115	172	134	70	172	138	126	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 866	1 828	2 659	2 697	1 252	2 430	2 396	2 566	...
* Ausländer	1 000	414	378	548	435	210	648	439	390	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 471	1 428	1 383	1 227	1 424
* Gütersend	1 000 t	889	956	758	910	1 075
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	17 241	15 852	13 274	13 873	12 721	10 119	12 194	12 294	11 055
Krafträder	Anzahl	654	803	378	235	139	845	475	264	174
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	15 455	13 963	11 985	12 651	11 732	8 501	10 821	11 236	10 126
* Lastkraftwagen	Anzahl	787	760	666	731	667	538	631	583	559
Zugmaschinen	Anzahl	185	159	136	139	93	136	93	115	85
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 539	1 530	1 696	1 618	1 426	1 691	1 635	1 419 ^P	1 254 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 694	8 282	8 243	9 248	9 195	6 702	8 508	8 622 ^P	8 297 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 086	2 065	2 263	2 240	1 923	2 240	2 212	1 997 ^P	1 775 ^P
* Getötete	Anzahl	39	39	34	40	36	52	36	34 ^P	40 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	21	22	14	24	23	20	24	25 ^P	26 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	10	7	1	20	3	2 ^P	2 ^P
Radfahrer	Anzahl	3	3	3	1	4	5	3	2 ^P	2 ^P
Fußgänger	Anzahl	8	4	7	6	4	3	5	5 ^P	8 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	559	541	594	605	480	612	604	533 ^P	464 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	320	315	312	404	328	298	358
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	94	93	125	65	36	161	113
Radfahrer	Anzahl	57	58	76	50	37	91	58
Fußgänger	Anzahl	68	57	66	71	68	45	55
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	59	67	74	59	61	65	85	97	75
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	38 070	57 183	67 231	15 299	27 889	-	37 927	41 660	48 268
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	1	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	347	·	327	·	·	·	·	·	·
* Wechselsumme	1 000 DM	4 229	·	4 422	·	·	·	·	·	·

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 048	104 522	101 801	.	.	.	109 498	.	.
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	98 090	102 700	99 895	.	.	.	107 638	.	.
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 478	20 181	19 969	.	.	.	20 042	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 357	19 583	19 368	.	.	.	19 653	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 121	598	601	.	.	.	389	.	.
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 344	11 288	10 495	.	.	.	10 368	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 615	8 686	8 174	.	.	.	8 691	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 729	2 602	2 321	.	.	.	1 677	.	.
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	67 268	71 231	69 431	.	.	.	77 228	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	59 293	63 181	61 611	.	.	.	69 182	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 975	8 050	7 820	.	.	.	8 046	.	.
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	96 418	100 201	97 357	.	.	.	101 890	.	.
* Sichteinlagen	Mill. DM	15 224	17 005	14 625	.	.	.	16 093	.	.
* Termineinlagen	Mill. DM	42 243	43 765	45 080	.	.	.	45 584	.	.
* Spareinlagen	Mill. DM	38 951	39 431	37 652	.	.	.	40 213	.	.
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	2 269 ^f	.	–
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 289 ^f	.	–
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 809	1 970	2 240	1 420	1 982	3 388	3 544	2 748	3 646
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 246	1 357	1 685	772	1 372	1 514	1 628	769	1 391
* Lohnsteuer	Mill. DM	920	1 024	812	732	1 300	1 358	778	787	1 341
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	165	181	–	–60	525	526	–	–6	557
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	147	152	517	9	–16	–44	491	–50	–23
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	28	25	23	38	22	17	21
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	–	–	–	–	–	100	16	19	74
* Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	–	–	–	–	–	81	–	–	54
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	138	327	6	65	61	322	–4	–22
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	21	22	–	–	84	39	–	–	–26
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563	613	555	648	610	1 874	1 916	1 979	2 255
* Umsatzsteuer	Mill. DM	386	445	416	465	466	638	635	682	938
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	177	168	139	183	145	1 236	1 280	1 297	1 317
* Zölle	Mill. DM	13	11	9	11	7	237	239	251	231
* Bundessteuern	Mill. DM	131	150	110	95	108	462	406	498	454
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	2	0	1	0	0	1	1	0	–0
* Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	90	102	110	94	106	454	402	487	443
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	36	44	–0	–5	–4	2	–0	4	5
* Landessteuern	Mill. DM	109	118	87	91	148	146	98	115	150
* Vermögensteuer	Mill. DM	23	24	5	8	63	62	3	8	70
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	50	59	52	57	46	52	57	58	52
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	3	5	15	7	12	13	3

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich der durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	680	690	709	.	.	.	649 993	.	.
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	10	.	.	.	9 603	.	.
* Grundsteuer B	Mill. DM	107	116	135	.	.	.	143 749	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	499	492	490	.	.	.	424 783	.	.
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	49	58	60	.	.	.	56 855	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 052	1 149	1 214	883	1 095	2 274	2 340	2 093	2 478
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	543	588	743	330	589	652	718	328	592
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	366	398	361	421	397	1 160	1 215	1 250	1 432
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	905	974	1 066	689	1 013	1 018	1 118	740	1 089
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	538	582	739	327	587	635	711	325	582
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	244	258	241	227	278	238	309	258	358
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 084	1 148	1 078	.	.	.	1 076 640	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	423	406	406	.	.	.	378 496	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	480	543	453	.	.	.	472 935	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	110,7	115,1	115,7	116,1	116,7	120,2	120,3	120,6	120,9
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	111,7	111,6	111,9	114,3	114,0	114,0	114,3
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	124,3	131,3	.	.	133,1	138,0	.	.	138,1
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	21,22 ^r	22,43	.	22,84	.	.	.	23,80	.
Männliche Arbeiter	DM	22,18 ^r	23,36	.	23,77	.	.	.	24,70	.
Facharbeiter	DM	23,59 ^r	24,74	.	25,20	.	.	.	26,14	.
Angelernte Arbeiter	DM	21,38 ^r	22,44	.	22,79	.	.	.	23,73	.
Hilfsarbeiter	DM	22,38 ^r	20,06	.	20,33	.	.	.	20,94	.
Weibliche Arbeiter	DM	15,79 ^r	16,87	.	17,17	.	.	.	17,93	.
Hilfsarbeiter	DM	15,43 ^r	16,53	.	16,80	.	.	.	17,52	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,6 ^r	39,4	.	39,4	.	.	.	38,4	.
Männliche Arbeiter	Std.	39,9 ^r	39,7	.	39,7	.	.	.	38,6	.
Weibliche Arbeiter	Std.	38,2 ^r	37,9	.	37,7	.	.	.	37,0	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 195 ^r	5 461	.	5 543	.	.	.	5 666	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 660 ^r	4 910	.	4 984	.	.	.	5 114	.
männlich	DM	5 583 ^r	5 860	.	5 933	.	.	.	6 059	.
weiblich	DM	3 679 ^r	3 905	.	3 979	.	.	.	4 104	.
Technische Angestellte	DM	5 641 ^r	5 907	.	5 995	.	.	.	6 103	.
männlich	DM	5 777 ^r	6 045	.	6 130	.	.	.	6 239	.
weiblich	DM	4 199 ^r	4 429	.	4 522	.	.	.	4 631	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 596 ^r	3 848	.	3 917	.	.	.	4 090	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 567 ^r	3 834	.	3 903	.	.	.	4 072	.
männlich	DM	4 285 ^r	4 591	.	4 677	.	.	.	4 868	.
weiblich	DM	2 983 ^r	3 198	.	3 248	.	.	.	3 411	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1991		1992				1993			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Jul	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 074	64 865	65 021	65 111	65 188	
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 858 ³⁾	37 668 ³⁾	50 877 ³⁾	48 952 ³⁾	38 512 ³⁾	49 535 ³⁾	50 089 ³⁾	
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	69 168 ³⁾	66 667 ³⁾	70 057 ³⁾	71 459 ³⁾	64 875 ³⁾	70 595 ³⁾	71 679 ³⁾	
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	75 937 ³⁾	73 108 ³⁾	70 521 ³⁾	68 467 ³⁾	72 823 ³⁾	68 253 ³⁾	68 762 ³⁾	
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 769 ³⁾	- 6 441 ³⁾	- 464 ³⁾	2 992 ³⁾	- 7 948 ³⁾	2 342 ³⁾	2 917 ³⁾	
Arbeitslose	1 000	1 689	1 808	1 822	1 784	1 830	2 326	2 315	2 288	2 359	
Männer	1 000	898	983	970	953	980	1 289	1 282	1 271	1 315	
Arbeitslosenquote	%	6,3	6,6	6,7	6,5	6,7	8,4	8,4	8,3	8,5	
Offene Stellen	1 000	331	324	335	318	289	263	251	229	201	
Kurzarbeiter	1 000	145	283	128	204	327	525	398	590	660	
Männer	1 000	117	213	92	146	241	418	315	468	525	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾											
Beschäftigte	1 000	7 515	7 333	7 354	7 325	7 258	6 785	6 770	6 742	6 674	
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	637	582	654	663	533	528	580	...	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 463	162 969	143 052	175 289	169 186	144 438	141 300	164 525	155 447	
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 557	43 616	36 209	47 514	44 949	37 971	36 290	44 425	41 585	
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	121	119	104	126	126	105	101	118	116	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	112	113	108	118	117	111	107	116	116	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	126	122	101	131	128	101	95	118	114	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	120	103	130	131	107	105	124	121	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985 = 100	129	128	125	135	143	125	124	133	138	
Öffentliche Energieversorgung											
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 913	33 247	28 364	31 085	35 027	
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 814	2 764	2 316	2 369	2 795	2 517	2 370	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1 000	1 061	1 076	1 099	1 103	1 095	1 071 ^P	1 080 ^P	1 083 ^P	1 100 ^P	
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	111	115	112	135	133	118 ^P	116 ^P	132 ^P	127 ^P	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	12 911	14 650	15 060	16 208	16 779	15 718 ^P	15 035 ^P	16 287 ^P	16 500 ^P	
Baugenehmigungen											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 855	13 159	14 175	13 630	13 748	16 448	16 314	15 829	15 481	
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 875	10 842	11 696	11 122	11 254	13 365	13 314	12 615	12 276	
Wohnfläche	1 000 m ²	2 553	2 909	3 114	3 045	3 059	3 684	3 647	3 617	3 624	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 926	2 826	2 957	2 980	3 010	3 031	2 864	2 874	2 979	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	33 385	38 234	40 814	40 254	35 165	48 175	47 170	47 552	47 743	
Handel											
Einzelhandel											
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	136,4	137,5	121,3 ^f	132,3 ^f	145,6 ^f	135,5 ^f	122,8 ^f	132,3 ^P	...	
Gastgewerbe											
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	120,8	124,0	133,2 ^f	136,8 ^f	134,6 ^f	133,8 ^f	135,2 ^f	136,7 ^P	...	

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 484	55 886	48 734	55 634	61 218
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 000	30 385	25 326	30 512	33 162
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 061	4 131	3 424	40 083	4 474
Frankreich	Mill. DM	7 292	7 249	6 039	7 388	8 433
Großbritannien	Mill. DM	4 224	4 329	4 038	4 341	4 580
Italien	Mill. DM	5 107	5 199	3 569	5 296	5 489
Niederlande	Mill. DM	4 672	4 644	4 186	4 631	5 056
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 660	53 151	43 020	50 080	55 730
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 911	27 653	21 123	25 636	29 133
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 824	3 736	2 821	3 630	3 972
Frankreich	Mill. DM	6 573	6 369	4 594	5 800	6 480
Großbritannien	Mill. DM	3 558	3 636	3 243	3 587	3 778
Italien	Mill. DM	4 976	4 885	3 453	4 274	5 146
Niederlande	Mill. DM	5 222	5 097	4 092	4 859	5 450
Geld und Kredit ^{3) 4)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 086	3 418	3 275	3 287	3 345	3 574	3 584	3 624	3 668 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 456	2 674	2 609	2 628	2 649	2 774	2 781	2 817	2 844 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	629	744	666	659	696	800	802	807	824 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 176	2 261	2 207	2 233	2 230	2 306	2 330	2 341	2 357 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	754	771	741	738	738	787	792	798	805 ^P
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	40 372	44 662	39 539	54 371	36 684	40 325	40 273	56 994	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	24 900	27 609	22 690	40 111	19 004	22 309	21 526	39 739	38 025
Lohnsteuer	Mill. DM	17 848	20 610	22 118	19 772	19 377	22 488	20 984	19 751	19 253
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	3 461	- 762	11 220	- 471	- 1 710	- 1 115	10 460	19 617
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	14 973	16 476	16 442	14 258	16 319	17 293	18 525	17 241	- 836
Umsatzsteuer	Mill. DM	8 233	9 773	9 768	8 590	9 633	14 154	15 330	14 071	17 887
Zölle	Mill. DM	692	645	619	622	677	602	635	651	14 638
Bundessteuern	Mill. DM	7 802	8 758	8 118	7 633	7 279	7 247	8 350	7 613	665
Versicherungsteuer	Mill. DM	488	675	879	451	376	478	1 102	531	7 742
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 352	6 972	6 954	7 216	6 970	6 733	7 191	7 016	513
										7 172
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	98,3	100,8	100,3	99,4	99,1	99,9	99,1	98,3	97,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	94,1	91,9	92,1	91,0	88,9	85,1	83,2	82,8	81,5 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	103,4	104,8	105,1	105,1	104,9	104,9	104,8	104,6	104,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	124,6	131,5	132,8	.	.	.	137,9	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	124,3	131,3	132,7	.	.	.	138,0	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	121,0	127,7	128,9	.	.	.	131,2	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	110,7	115,1	115,4	115,7	116,1	120,2	120,2	120,3	120,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	112,0	111,7	111,6	114,8	114,3	114,0	114,0
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	110,1	113,3	113,5	113,9	114,2	116,5	116,6	116,9	114,0
Wohnungsmieten	1985 = 100	117,3	123,8	124,6	125,2	125,9	131,4	131,9	132,5	117,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,4	89,8	89,7	89,7	90,1	90,9	90,9	90,7	133,0
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	110,5	114,4	114,9	115,1	115,4	118,3	118,5	118,5	91,3
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	113,8	117,9	118,3	118,6	118,8	122,6	122,8	123,1	118,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	112,1	117,1	117,7	117,7	117,7	122,3	122,2	122,2	123,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	108,1	112,7	112,2	112,9	113,4	115,7	115,9	116,4	122,4
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	118,0	124,3	124,3	125,5	127,1	136,0	136,1	136,1	116,7
										136,6

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991 : Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Weitere Einschränkung der Schweinehaltung

Der Schweinebestand hat nach dem vorläufigen Ergebnis der Dezember-Viehzählung in Rheinland-Pfalz einen neuen Tiefstand erreicht. Mit rund 468 400 Tieren wurden Anfang Dezember 3,6% weniger Schweine gehalten als noch vor einem Jahr. Dies ist vor allem auf einen deutlich geringeren Bestand an Jungschweinen (- 11,4 %) zurückzuführen. Das langanhaltende Preistief für Schlachtschweine wie auch für Ferkel hat darüber hinaus zu einer Beschleunigung des Strukturwandels in der Sauenhaltung geführt. Bei einem vergleichsweise ausgeprägten Rückgang der Halter (- 11 %) binnen Jahresfrist nahm die Zahl der Zuchtsauen um 9,1 % auf unter 51 700 ab. Sie sank damit auf den bisher niedrigsten Stand seit 1960.

In der Rinderhaltung belief sich der Rückgang im Vergleich zum Dezember 1992 auf - 1,2 %. Er ist überwiegend auf einen geringeren Bestand an Mastbullen zurückzuführen. Insgesamt wurden rund 491 200 Rinder gehalten. Die Zahl der Milchkühe (155 000) blieb seit Dezember 1992 unverändert. Ein Zuwachs an Ammen- und Mutterkühen von 8,1 % auf 44 400 Tiere vollzog sich überwiegend in der ersten Jahreshälfte 1993. hü

Durchschnittliche Weinmosternte mit guter Qualität

Die Weinmosternte 1993 in Rheinland-Pfalz belief sich auf rund 6,7 Mill. hl. Damit erfüllten sich im wesentlichen die ursprünglichen Erwartungen, die nicht zuletzt wegen des zu Beginn der Vegetationsperiode herrschenden Niederschlagsdefizits von einer durchschnittlichen Erntemenge ausgingen. Die hohe Vorjahresernte wurde um 27 % unterschritten. In den beiden größten Anbaugebieten Rheinhessen und Pfalz brachten die Winzer 2,5 (- 24 %) bzw. knapp 2,3 Mill. hl (- 28 %) ein, an Mosel-Saar-Ruwer gut 1,3 Mill. hl (- 34 %).

Die Hektarerträge der beiden bedeutendsten Sorten Müller-Thurgau (109 hl) und Riesling (91 hl) blieben um 34 bzw. 29 % unter der vorjährigen Flächenleistung. Ähnliche Einbußen waren bei Kerner und Bacchus zu verzeichnen. Deutlicher unterschritt der nur regional verbreitete Elbling (161 hl) den sehr hohen Ertrag des Vorjahres (- 41 %). Der Portugieser als anbaustärkste Rotweinsorte blieb mit 130 hl um 20 % unter dem Hektarertrag von 1992.

Im Gegensatz zur Menge fiel die Qualität der Ernte überdurchschnittlich aus. Rund 62 % des geernteten Mostes eigneten sich aufgrund der erreichten Mostgewichte zum Ausbau als Qualitätswein mit Prädikat gegenüber nur 46 % im Vorjahr. hü

Weinbestände erreichen fast 10 Mill. hl

Ende August 1993 lagerten insgesamt 9,9 Mill. hl Wein in den rheinland-pfälzischen Weinkellern. Dies geht aus der statistischen Auswertung der Weinbestandsmeldungen hervor. Fast zwei Drittel des Weines befanden sich bei Erzeugern und Winzergenossenschaften, gut ein Drittel bei Handels- und Verarbeitungsbetrieben.

Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres war der Weinbestand um 1,5 Mill. hl höher. Vor allem in den Erzeugerbetrieben gab es größere Mengen an Wein deutscher Herkunft. Ursache hierfür ist die im Vergleich zu 1991 um fast 2 Mill. hl höhere Weinmosternte des Jahres 1992. Die Bestände an Wein aus anderen EG-Ländern und aus Nicht-EG-Ländern sind leicht zurückgegangen. Rund drei Viertel des Bestandes waren Weißweinsorten, weitere 11 % Rotweine und 13 % Schaumweine. pt

Weniger Gäste im Fremdenverkehr

Die schwache wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich auch auf den Reiseverkehr aus. In die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe kamen im September 14 % weniger Gäste als im gleichen Monat des Vorjahres. Dabei verringerte sich die Zahl der deutschen Gäste um 12 %, die der ausländischen Gäste um 20 %. Entsprechend verlief auch die Entwicklung der Übernachtungen, die insgesamt um 9,9 %, für inländische Gäste um 7,3 und für ausländische Gäste um 20 % zurückgingen. Überdurchschnittlich hoch waren die Minusraten im Rheintal. Sie lagen bei 14 % für die Übernachtungen insgesamt und 27 % für die Übernachtungen ausländischer Besucher.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden in Rheinland-Pfalz 4,5 Mill. Gäste und 16 Mill. Übernachtungen gezählt. Das sind 5,6 % bzw. 5,3 % weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1992. Innerhalb der einzelnen Regionen verlief die Fremdenverkehrsentwicklung unterschiedlich. Am besten schnitten die Gemeinden an Mosel und Saar ab. sr

Weniger Straßenverkehrsunfälle, jedoch mehr Tote auf Autobahnen

Im November 1993 wurden in Rheinland-Pfalz 9 551 Straßenverkehrsunfälle polizeilich registriert, davon waren 8 297 reine Sachschadensunfälle. Dies sind 10,1 bzw. 9,8 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden sank um 12,1 % auf 1 254. Von den 1 775 Verunglückten im

kurz + aktuell

November 1993 erlitten 40 Personen (+ 11,1 %) tödliche Verletzungen und 464 (- 3,3 %) wurden schwer verletzt.

Im gesamten Zeitraum von Januar bis November 1993 war die Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ebenfalls rückläufig. Bei 103 232 Unfällen (- 4,1 %) wurden 86 798 (- 4,2 %) reine Sachschadensunfälle festgestellt. Während hierbei die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten (- 3,4 bzw. - 2,9 %) weiter zurückging, blieb die Zahl der Getöteten (435 ; + 0,5 %) auf dem Vorjahresniveau. Die Bad Emser Statistiker wiesen darauf hin, daß auf Autobahnen in Rheinland-Pfalz von Januar bis November 1993 insgesamt 75 Menschen getötet wurden. In der gleichen Periode des Vorjahres waren es 48 Personen gewesen. kl

Gut 1,1 Mrd. DM für die Jugendhilfe

Im Jahre 1992 wurden in Rheinland-Pfalz von der öffentlichen Hand 1 140 Mill. DM für die Jugendhilfe aufgewendet.

Davon erhielten die Jugendhilfeeinrichtungen 801 Mill. DM für Betrieb, Unterhaltung sowie Investitionen. Hierin enthalten sind 397 Mill. DM Zuschüsse an freie Träger. Der Ausgabenschwerpunkt lag bei den Kindertagesstätten, die mehr als 704 Mill. DM, darunter Investitionen in Höhe von 123 Mill. DM, beanspruchten. Die übrigen 97 Mill. DM teilten sich unter anderem Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen, Heime sowie Bildungsstätten.

Auf die verschiedenen Einzel- und Gruppenhilfen entfielen rund 339 Mill. DM. Das umfangreiche Leistungsspektrum der Hilfe zur Erziehung schlug für Beratung und Betreuung, vor allem aber für die Unterbringung in Pflegefamilien und Heimen, mit insgesamt 214 Mill. DM zu Buche. Neben weiteren Leistungsausgaben wurden für Maßnahmen der Jugendarbeit 30 Mill. DM und für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen sowie die Betreuung durch eine Tagespflegeperson 29 Mill. DM aufgewendet. Den Ausgaben standen Einnahmen von 68 Mill. DM gegenüber. us

Das Statistische Landesamt schult und berät bundesweit die Verwaltungen der Krankenhäuser in EDV-Verfahren

Immer mehr Krankenhäuser und Rechenzentren, auch außerhalb von Rheinland-Pfalz, nutzen die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes in Bad Ems. So wurden in den ver-

gangenen Monaten Schulungen und Beratungen beim Einsatz der automatischen Datenverarbeitung für die Kliniken der Landeshauptstadt München, der Universitätskliniken Göttingen und Homburg, das Sächsische Krankenhaus Rodewisch und die psychiatrischen Kliniken im Rheinland veranstaltet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern lernen unter fachkundiger Anleitung mit dem Computer in der Buchhaltung, der Kostenrechnung oder im Lagerwesen umzugehen. Dadurch können die Verwaltungen effizienter arbeiten und Kosten sparen.

Schulungen und Beratungen gehören seit Jahren zu den Serviceleistungen, die das Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes den Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz anbietet. za

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Jahre 1993		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu 1992 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	114,4	2,1
Bekleidung, Schuhe	116,4	2,7
Wohnungsmieten	131,1	5,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,0	1,3
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	118,0	3,1
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	122,4	3,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	121,7	3,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	115,9	2,8
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	135,2	8,8
Gesamtlebenshaltung	119,9	4,2
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	119,3	3,8
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	120,7	4,2
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	119,5	3,7

¹⁾ Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.